

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

-,30

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE

JUNI/JULI 1979

NR. 35



"Wer den Strauß, wer Bayern, wer das Vaterland und wer Europa liebt, kann sich nur wünschen, daß der Bayer antritt."

Nicht irgendein CSU - OB vertrat diese Meinung zum neuen Kanzlerkandidaten F.J. Strauß, auch nicht Herr Frey von der Nationalzeitung, die NPD oder gar Otto Habsburg, der Strauß seit Jahren empfiehlt, sondern Rudolf Augstein in seinem Kommentar im SPIEGEL am 21.5.79, zwei Tage vor der Wahl des Ex- oder Altnazi Carstens zum Bundespräsidenten - kurz bevor es Strauß gelungen war, das ehemalige Parteimitglied der NSDAP zum obersten Repräsentanten des Staates zu machen, sah Herr Augstein schon,

was da kommen würde: Strauß werde auch bald antreten. Und Augstein freute sich diebisch: "Endlich seit der Spiegelauffäre ist die Situation da: Der Bayern-Herzog, der mit Gipfelsprüchen nur so um sich geworfen hat (der Geist von Franz Josef schwebt immer noch über den Bonner Wassern) muß sich entscheiden.." (SPIEGEL 21.5.79 S. 27) Auch Helmut Schmidt bezeichnete öffentlich eine Strauß-Kandidatur als "sauberste Lösung" und Augstein wagt weise vor der drohenden Kanzlerkandidatur zu orakeln:

"Entweder steuert die Welt ohne ihn dem sicheren Untergang entgegen oder er weiß ein Rezept, dem wir trauen können."

Nun ist Carstens Bundespräsident geworden. Die CSU und die CDU haben in einem demokratischen Wahlgang den integren Demokraten Strauß gekürt. Herr Augstein aber, der jahrelange Strauß-Gegner, der einen Vorgeschmack auf Strauß-Methoden in einer Nacht- und Nebelaktion schon anfangs der 60-er Jahre am eigenen Leib erfahren konnte, bleibt nichts anderes übrig, als diebische Freude oder ein ironisches Lachen; oder ist das der berühmte beißende Spott eines satirischen Journalismus?

"Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen" (Strauß im Mai 1971, lt. Spiegel)

Da ist nichts zu lachen! meinen wir Wir vom ASK und alle diejenigen, die wir jetzt guten Grund hätten, uns freudig auf die Schultern zu klopfen: "Na bitte, wir habens ja immer schon gesagt. Strauß will an die Macht!" Es gibt keinen Grund, sich zu freuen, aber auch gar keinen. Wann aber wird man aufhören, Strauß auf die leichte Schulter zu nehmen? - was nichts anderes bedeutet, als ihn riesig zu unterschätzen. Ein riskantes Unterfangen! Denn: Kaum ist allen in der BRD sichtbar, daß Strauß nun Kanzler werden will, er also nicht, wie uns früher immer gesagt wurde, sich auf sein Altenteil als Ministerpräsident nach Bayern zurückzieht, und er ebenso auch nicht 'eine immer geringere Rolle spielt' (wer hat nicht noch jene Argumente im Ohr, Strauß werde ja auch nicht jünger!) - kaum also sind jene Tatsachen eingetreten, vor denen wir eindringlich und seit Jahren warnen, da erheben sich wieder beschwichtigende Stimmen: Langsam, langsam, so ernst sei die Lage nicht. Und außerdem, man könne doch froh sein, Strauß als Kanzlerkandidat gegen Helmut Schmidt, da habe er sowieso keine Chance. Es wäre sogar taktisch sehr gut, den mal kurz ranzulassen - 1980 -; wenn dann eine Rezession käme, dann würde doch jeder sehen, daß eben auch ein Strauß nicht alles zerreißen könne dort oben in Bonn.

So sagen die einen inner- und außerhalb der SPD; wie gut, sagen die anderen, die es genau wissen, daß die Krise kommt - sie gehört ja zum System, wie man weiß - in- und außerhalb der SPD - wie gut trifft's sich, dann sind die Parteien der Koalitionsregierung aus dem Schneider. Die Krise kommt, die Krise geht und hinterher kann man ja wieder sehen, daß man Tritt faßt. Und viele Kluge haben Strauß auch keine Chance gegeben, Albrecht werde sich durchsetzen und die Unionsparteien aus Uneinigkeit ihre Schlagkraft einbüßen - also eigentlich keine Gefahr! Wer solche Führungsprobleme wie die CDU habe - Herr Augstein nennt sie derzeit "nichts anderes als einen Sauhaufen" - verliere ja seine Glaubwürdigkeit beim Wähler.

Und andere Klugscheißer haben wieder darauf spekuliert, Daß Strauß es bundes-



Volland

weit mit seiner CSU oder einer Vierten probiert. Herr Augstein aber glaubte in seiner weisen Voraussicht nicht daran, daß Strauß auf die Allerwelts-Narretei des Wichtigmanns Fredersdorf ausweicht. Der ausgerechnet soll die FDP aus dem Bundestag scheuchen." (SPIEGEL 21.5.79 S. 27). Somit zieht Augstein das Fazit für den Spiegel-Leser: "Voraussagen in der Politik sind Glücksache!" (ebenda S. 27) Ein hausbackenes Resümee - so meinen wir: Voraussagen derart zu machen, man könne nichts sagen. Als ob nicht genügend Tatsachen da wären - seit Jahren -, die es geradezu verbieten, die Politik von Strauß und der Reaktion zum Glücksspiel zu erklären, als ein Spiel hinzustellen, bei dem wir noch weniger Chancen hätten als sechs Richtige im Lotto zu gewinnen.

Was sind die Tatsachen?

Tatsache ist, daß Strauß seit Jahren eine Politik verfolgt, die den Interessen der Bank- und Konzernherren in diesem Staat entspricht. Strauß als "Geheimtip der Industrie", das müßte sich auch in den Redaktionsräumen des SPIEGEL schon herumgesprochen haben.

EDITORIAL:

Seit der letzten Nummer des DID ist viel geschehen. Damals warnten wir noch vor einem Bundespräsident Carstens, den die Reaktion als Provokation für alle Demokraten ins Rennen schickte. Als dieser Anschlag fast mühelos geglückt war,

(Während der Wahl zog durch Bonn der "Anachronistische Zug von B. Brecht und zeigte, was alles faul ist an diesem Staat. (Siehe S. 7 bis S. 16)) fühlt sich die Reaktion stark genug, ihr schärfstes Geschütz nach vorn zu schicken: Franz Josef Strauß, der Exponent der extremen Rechten ist von der Fraktion der CDU/CSU als Kanzlerkandidat erwählt. Strauß bestimmt die Richtlinien der Politik im Lager "Von der wohlverstandenen Mitte bis zur irrationalen Rechten" (Strauß). Das, wovon das ASK immer gewarnt hat, wird Realität.

Jetzt liegt alles offen da: Sein Programm hat Strauß von Sonthofen bis Chile dargelegt, jetzt meldet er ganz konkret seine Ansprüche an.

Die Reaktion der Demokraten darauf ist nicht einhellige Empörung, sofortige Beratung über wirksame Gegenmaßnahmen, ist nicht konsequente Anti-Strauß-Politik, sondern eher "Vogel-Strauß"-Politik.

Davon handelt der Leitartikel.

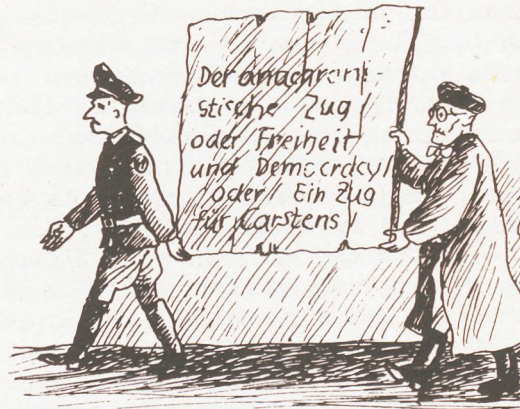
Wie wichtig der konsequente Kampf gegen Strauß ist, versuchen wir auch an der Frage der Kriegsgefahr aufzuzeigen.

Strauß vertritt seit eh und je die "Heimholung der verlorenen Ostgebiete."

Die deutsche Industrie bereitet sich auf diesen Coup vor. Siehe Seite 22

Von der Wirklichkeit überholt ist der Artikel zur Verjährungsfrage (S. 16)

Nur 21 Abgeordnete hatten den Mut für die unterschiedliche Behandlung von Mord und Naziverbrechen zu stimmen, die Mehrzahl setzte Mord gleich Mord und stimmte für deren Nichtverjährung. Wir haben den Artikel zur Verjährung nicht herausgenommen, da wir glauben, daß die dargelegten Argumente weiter richtig sind und, daß weiter dafür gekämpft werden muß.



Frühling wurd's in deutschem Land.
Über Asch und Trümmerwand
Flog ein erstes Birkengrün
Probweis, delikat und kühn

Als von Süden, aus den Tälern
Herbewegte sich von Wählern
Pomphaft ein zerlumpter Zug
Der zwei alte Tafeln trug.

IN DIESER NUMMER:

Seite 1 - 6 STOPPT STRAUSS

Seite 7 - 16

Der Anachronistische Zug

Berichte und Bilder über die Demonstration gegen die Wahl eines Bundespräsidenten, die ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten ist.

Seite 22 - 27

Antikriegstag

1. Sept. 39 - Deutsche Truppen marschieren in Polen ein

1. Sept. 79 - Deutsche Industrie rüstet wieder zum Krieg



Noch aber glaubt man an Koalitions-mehrheiten, demokratische Kontrolle, glaubt, daß man den 'Bayern' schon in Schach halten werde. Währenddessen rühmt sich Strauß - in seinen Publikationen ist es überall nachzulesen -, daß er und die CSU, daß Bayern seit Jahren und Jahrzehnten die Politik bestimmen. Und tatsächlich: Beispielhaft für die BRD hat sich erfüllt, was Strauß sagte und schrieb: Ob es um die "Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen" geht, die der "freien Marktwirtschaft zum Durchbruch verholfen haben", die CSU und Bayern haben ihren Beitrag dazu geleistet. Daß Adenauer und Erhard nach 1945 eben jene wirtschaftlichen Verhältnisse wieder restaurieren konnten, aus denen vor 1933 der Hitler-Faschismus hervorging, Strauß hatte seinen Anteil daran (siehe Strauß, F. J., Signale, Verlag Bayernkurier, 1978, S. 224) Oder in den 50-er Jahren die Politik der Wiedereingliederung des "freien Teils Deutschlands in die freie Welt". Strauß hat dabei seine Rolle gespielt mit der CSU, mit Bayern. Strauß unterstreicht dabei besonders seinen persönlichen Beitrag beim Aufbau der Bundeswehr, sowie die Rolle der CSU bei der Eingliederung in das 'Atlantische Bündnis'.

Also: Restauration des Kapitalismus, Remilitarisierung sowie Spaltung der Nation, die damaligen Ziele der deutschen, 'entnazten' Bank- und Konzernherren - Strauß hat sie politisch vertreten, propagiert und immer wieder darauf gedrängt, daß sie durchgesetzt werden. Weiter ging es mit Notstandsgesetzen und Berufsverboten, zusätzlichen Gesetzesverschärfungen und 'Antiterror'-Gesetzen.

Strauß war immer der, der im Namen seiner Auftraggeber verkündete und verkünden ließ, daß das noch immer nicht ausreiche. Er war es aber auch, der all diese Maßnahmen forderte, sie einbringen ließ - ob im Bundesrat oder direkt über Bayern aus der Lazarettstraße, egal, ob hier im Land schon erprobt, eingeführt oder nicht - wichtig war, daß sie letztlich durchgesetzt wurden.

Seitdem die Unionsparteien in die Opposition gehen mußten, drängt Strauß darauf, wieder eine Wachablösung herbeizuführen. Wollte er 1969 die FDP zerschlagen, eine zu erwartende Rezession Karl Schiller (SPD) in die Schuhe schieben, es ging auf jeden Fall knapp an einem Regierungsechsel vorbei. Noch einmal bekam Strauß von seinen Hintermännern nur Lob und nicht den Auftrag, damals schon ganze Arbeit zu leisten.

Was damals im Nachhinein aufkam und dann wie ein Hauruck-Verfahren aussah, wirkt spätestens seit Sonthofen und Kreuth bedeutend griffiger:

"Es muß wesentlich tiefer sinken bis wir gehört werden" gab damals Strauß bekannt und stellte seine Taktik darauf ein. Die Strategie hat er nie geändert.

Wann ist es tief genug gesunken? Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir, daß die Monopolherren den Faschismus dann errichteten und Hitler in den Sattel hoben, als ihnen die eigenen Feile davonzuschwimmen drohten. Man sollte sich durch die braunen Massenaufmärsche der Nazis (in den Dokumenten über das III. Reich) nicht den Blick verstellen lassen, daß die Reaktion dann zum Mittel der offenen, brutalen Diktatur griff, als die NSDAP Millionen von Stimmen verlor, als die Arbeiterbewegung anwuchs, bewußter wurde über die drohende Gefahr, die Kommunisten z. B. 2 Millionen Stimmen dazugewannen, die brutalen Ausschreitungen der Nazi-Banden vielen langsam die Augen öffneten. Da ernannte Hindenburg, der Reichspräsident, der senile, eben jenen Hitler, in dessen Partei der heutige Bundesprä-



Deutsche Volkszeitung
„Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen“ (Strauß im Mai 1971 laut SPIEGEL)

sident sich eifrig seine ersten Sporen verdiente.

Wir können die Geschichte nicht schematisch übertragen. Herr Carstens ist nicht Hindenburg, er ist aber auch Präsident und braucht einen Kanzler - wie dieser -? Noch haben wir nicht sechs Millionen Arbeitslose, aber wir haben schon einen Strauß, der darauf wartet, zum Kanzler gewählt zu werden und auf den seit Jahren die deutschen Großindustriellen setzen - "er löst Adolf Hitler zwar nicht ab, hat aber Führungsqualitäten" und ist "der kommende Mann!" Die nächste Krise ist Anfang der 80-er Jahre zu erwarten. Schon melden die Zeitungen einen verstärkten Anstieg der Inflation. Preissteigerungen nehmen wieder zu. Die Lohnforderungen sind nicht gestiegen. Öl als Energie- und Rohstoffquelle rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion. Fest steht - und das ist eine entscheidende Tatsache: der bisherige Verlauf der Krisen hat gezeigt, daß ihr Umfang und ihre Ausmaße jeweils zugenommen haben. Strauß hat für 1980 die große Wende bei den Wahlen angekündigt, daß er gleichzeitig als Kanzler abrufbereit dasteht, zeigt doch mindestens eines: Seine langjährigen Freunde an den Schaltstellen der Wirtschaft mit denen er sich regelmäßig trifft, sie verlangen heute bereits von ihm, daß er zur Verfügung steht und zwar öffentlich - durch die Medien - ins Bewußtsein gerückt.

Auf der anderen Seite stehen die, die seit Jahren auf diesen Mann und seine Hintermänner weisen: Wer hätte vor einem Jahr, als Strauß die Frage seiner Anwartschaft für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten durch die Presse gehen ließ, wer hätte oder hat da schon jenen geglaubt, die davor warnten, daß er ernst machen und auch Goppel ablösen würde? Und wer hat noch länger diesen Leuten zugehört, die gleichzeitig behaupteten, daß Strauß das auch werden und wenn, daß er dann dieses Amt dazu benutzen würde, um sich 'salonfähig' trotz und nach all den Affären zu erweisen, auch das Bundeskanzleramt in diesem Staat anzustreben. Mitleidiges Lächeln, Schwarzmalerei? Nein, Tatsachen!

Ministerpräsident des Freistaates Bayern zu werden hatte Strauß über-

dies schon seit langem einkalkuliert. So notierte vor fünf Jahren eine kommunistische Zeitung:

"Weil der Landespersonalausschuß seinen Günstling Wilhelm F r i t z , den jetzigen Direktor der ALLIANZ-Versicherung, nicht zum Präsidenten der Bayer. Versicherungskammer ernennen wollte, hat Strauß einen Riesenstreit mit der Landespolitischen Führung seiner eigenen Partei vom Zaun gebrochen. Ganz offen wird darüber geredet, daß Strauß ein Mandat im Bayer. Landtag anstrebt. Deutlich genug ist auch geworden, daß er dem jetzigen Ministerpräsidenten Goppel, der sich wie ein bayerischer Bierfürst aufführt, das Amt abnehmen will. Von der starken, bayrischen Position aus gedenkt er dann, in Bonn stärker mitmischen zu können, als zur Zeit."

(Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 42 Dez. 1973).



Gesinnungsfreunde Strauß, Carstens

Nun ist es soweit gekommen. Geschickt inszeniert, vorbereitet mit Drohungen und Erpressungen, wie es seine Art und die seiner CSU ist, hat die gemeinsame Fraktion der CDU/CSU Strauß mehrheitlich zum Kanzlerkandidaten gewählt. Strauß ist Kandidat und jeder bei der CDU wußte wen er wählt!

STRAUSS ALS KANZLER IST FASCHISMUS ?

1975 sagte Günter Wallraff in einem Gespräch mit Eckard Spoo: "Bei uns würde ein Bundeskanzler - z.B. Strauß - genügen, in dessen Machtbefugnis es liegt, zu entscheiden, wann in unserem Land der "Notstand" eintritt, der ihm dann die Möglichkeit gibt, per Dekret die Demokratie zu exekutieren". (Günter Wallraff, Eckard Spoo, Unser Faschismus nebenan, Köln 1975, S. 98f)

Spoo meinte daraufhin, daß "wir da den Verhältnissen doch sehr weit vorausseilen" (dto.). Wie weit denn? Er gab gleichzeitig doch aber zu, daß es zumindest denkbar wäre, daß die Herrschenden in diesem Land durchaus einmal das bisherige parlamentarische System ablösen lassen, wenn sie sich von ihrer Interessenslage her dazu gezwungen sehen. Seitdem sind knapp vier Jahre vergangen und immer noch bleibt es eine Tatsache, daß die Industriellen und Finanzgewaltigen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und zur Sicherung ihrer Gewinne noch jedesmal ein brutales Gewaltsystem durchsetzen.

Wirtschaftlich gesehen steht die nächste Krise ins Haus - und Strauß steht als Kanzler bereit, d.h. als derjenige, der die Politik bestimmen soll.

Politisch betrachtet, wenn er in einem Jahr schon Kanzler ist, kann man sich ausmalen, was sein Ausspruch "der Rechtsstaat muß Zähne zeigen" in der Wirklichkeit dann bedeutet, wenn Menschen in diesem Land dann auf die Strasse gehen und demonstrieren, gegen Berufsverbote, gegen Naziaufmärsche, gegen Arbeitslosigkeit - gegen den Abbau der Demokratie für mehr Demokratie, für Arbeit!

Was braucht es jetzt, um dieser Gefahr zu begegnen?

Der Schriftsteller Max von der Grün erklärte vor kurzem in einem Gespräch mit Gewerkschaftern, daß wenn Strauß Kanzler wird, ein Generalangriff auf die Gewerkschaften drohen würde. Wir glauben, Max von der Grün hat Recht, als er als Antwort auf diese drohende Gefahr meinte: "Dann muß die Gewerkschaft in ihrer Gesamtheit auch zur Gegenoffensive übergehen"! Die einzige Waffe, die wir da haben und einsetzen müssen, drückte Max von der Grün so aus: die Gewerkschaft "ja sie muß sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß es politische Streiks gibt und nicht nur Lohnstreiks!"



DER ANACHRONISTISCHE ZUG

ODER

FREIHEIT UND DEMOCRACY

Ein Zug für Carstens

Am Mittwoch, dem 23. Mai 1979, dem denkwürdigen Tag, da der ehemalige Nazi Karl Carstens zum neuen Bundespräsidenten gewählt wurde, zog als Protest gegen diese Wahl ein "Anachronistischer Zug" durch Bonn, der in szenischer Umsetzung des gleichnamigen Gedichtes von Bertolt Brecht deutlich machte, in welcher grausigen Vielfalt sich der Faschismus in die Bonner Republik gerettet hat und wie "fruchtbar der Schoß noch ist, aus dem dies kroch". Dem Zug folgten - trotz des Werktages - ein paar tausend Antifaschisten, die zumindest deutlich machen wollten, daß es noch Widerstand gegen die Rehabilitierung des Faschismus gibt.



Wir bringen ein Interview des DID mit Angela Kammrad, die neben Günter Wallraff, Herrmann Gremliza, Willy Thomczyk und Ute Schilde zu den Initiatoren dieser beeindruckenden Manifestation gehörte.

DID: Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, das Gedicht, welches Bertolt Brecht 1947, in Sicht dessen, was kommen wird und noch war, geschrieben hat, in einen Demonstrationzug umzusetzen?

A.K.: Als bekannt wurde, daß Karl Carstens Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten wird, und dies wohl gerade wegen seiner Vergangenheit - da ihn ja sonst für dieses hohe Amt nichts sonderlich auszeichnet - hat meine Theatergruppe, der Rote Wecker, ein Theaterstück mit dem Titel: "Der Kandidat" geschrieben. In diesem Stück haben wir auch Brechts Gedicht "Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" verwendet, als Zwischenteile zwischen den einzelnen Szenen.

Während der ersten Aufführungen kamen wir ins Träumen, daß es doch eigentlich das Richtigste und Schönste wäre, dieses Gedicht in Gestalten umzusetzen und aufzuführen. Dann sind wir darauf gekommen - den Anstoß hat Thomas Schmitz-Bender gegeben - auf die Straße zu gehen, und das Gedicht, wie Brecht es gewollt hat, so vielen Menschen wie möglich zugänglich zu machen. Wir waren und sind der Meinung, daß die Gefahr eines neuerlichen Faschismus, wie sie sich in der Wahl des Altnazi und Strauß-Parteigängers Carstens zum Bundespräsidenten zeigt, den Menschen in der BRD ganz deutlich gemacht werden muß. Und wie läßt sie sich besser ver-

deutlichen als mit den drastischen, aber leider allzu wahren Bildern des Gedichtes von Brecht.

DID: "Ein Zug für Carstens", wie er ja in einer hinzugefügten Unterzeile hieß, wurde von vielen Einzelpersonlichkeiten und Organisationen mitgetragen; wie kam es zu diesem breiten Bündnis?

A.K.: Dies liegt wohl einmal daran, daß zwar viele gegen Carstens waren, aber niemand außer den Initiatoren des Zuges wirklich bereit war, etwas öffentlich gegen ihn zu tun, und es liegt wohl an der Idee, das Gedicht von Brecht als Protest und Warnung szenisch aufzuführen, und es liegt an der Aktualität, die dieses Gedicht in der BRD von 1947 bis heute - und heute eher noch mehr - behalten hat.

Gleichzeitig mit der Anmeldung des Zuges am 23. April 1979 wurde eine Erklärung mit der Überschrift "Nein zu Carstens! Nein zu jeder Rehabilitierung des Nazismus!" veröffentlicht. Diese Erklärung wurde von vielen demokratischen Einzelpersonlichkeiten, wie dem Grafiker Staeck und den Bundestagsabgeordneten Coppick und Thüsing unterstützt und mitgetragen; sie fand ein breites Echo bei gewerkschaftlichen Gruppen, den Jusos, den Falken, dem Bund Demokratischer Pfadfinder, der Humanistischen Union und so fort. Auch die bürgerliche Presse, die bis auf wenige Ausnahmen gegen diesen 'geschmacklosen' - wie sie es nannte - Zug zu Felde zog, hatte ihren Anteil an der Veröffentlichung unserer Idee. Entscheidend und am wichtigsten war jedoch die aktive Vorbereitung und Durchführung dieses Zuges, die von über zweihundert Menschen aus zwölf Städten der BRD getragen wurde. Aktive junge und alte Antifaschisten, von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten, gingen bei der Vorbereitung zur Hand und setzten den Zug dann in Bonn in Szene.

DID: Einen eigenen Beitrag zur Aktualisierung des Zuges leistete dann ja in Bonn die Polizei, die durch ein Massenaufgebot bis an die Zähne Bewaffneter, durch Zensur der mitgetragenen Transparente (Das Motto: "Ein Zug für Carstens" mußte z. B. aus dem Haupttransparent herausgeschnitten werden), durch Verhaftungen von Akteuren des Zuges, den Zug verhindern oder zumindest - da er ja durch ein Oberverwaltungsgericht erlaubt worden war - zu behindern suchte.



A.K.: Zu den Zensurmaßnahmen der Polizei kann man allgemein sagen, daß der Polizeipräsident sich in seiner Auflagenverfügung insbesondere darüber ausgelassen hat, daß jeder zeitgeschichtliche Bezug verboten sei. Interessanter Weise hat er gerade durch das polizeiliche Eingreifen, was den Zug ja nun insgesamt prägte - jenen zeitgeschichtlichen Bezug selbst bestens hergestellt.

Von der Leitung des Zuges her kann ich auch sagen und versichern, daß wir nicht vorhatten, die erste Strophe des Gedichts darzustellen, weil es uns doch etwas vermessen erschien, die Polizei um gleich so viele Darsteller zu bitten.

"Frühling wurd's im deutschen Land
über Asch' und Trümmerwand
flog ein erstes Birkengrün
probweis', delikat und kühn."

Dies wurde von 50 (!) grünen Polizisten, die dem Zug voraus gingen, gut dargestellt.



Eine besondere Pointe war auch, daß das Tragen von NS-Uniformen, zu einem antifaschistischen Anlaß nach Meinung des Polizeipräsidenten an jedem anderen Tag, aber nicht ausgerechnet am Tag der Bundespräsidentenwahl, möglich gewesen wäre. -

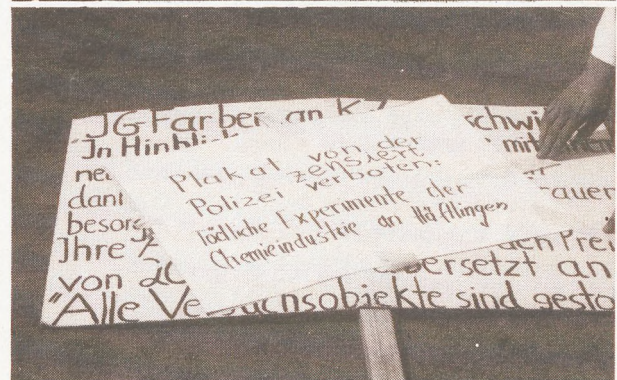
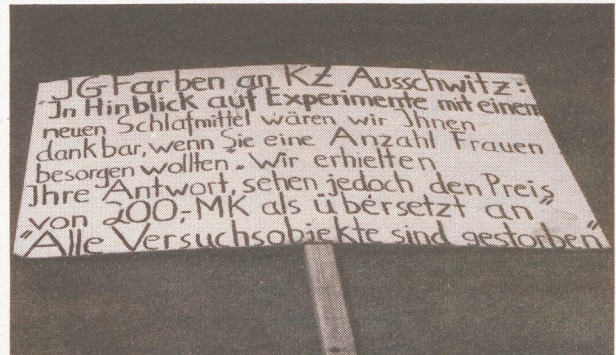
So ließ er lieber die Darsteller der SA von der Straße weg ohne Rechtsgrundlage verhaften und ließ sie erst nach 2 Std. wieder frei. Die Darsteller der SS hingegen konnte er, ob des großen Interesses von Presse und den anwesenden Antifaschisten, nicht mehr verhaften lassen, sondern gebot das Ausziehen einzelner Uniformteile, wobei mir eine Begründung für diese Maßnahme unbekannt ist.



Mit nacktem Oberkörper und in ihrem Erscheinen schauriger als vorher setzten diese Darsteller ihren Weg fort.



Zu den wichtigsten Zensurmaßnahmen gehört zweifellos, daß der Polizeipräsident ein Verbot gegen das Zeigen der Menschenvernichtung im Faschismus aussprach und gar ein Originalzitat des IG-Farben-Konzerns aus den Verhandlungen mit dem KZ Auschwitz über weitere Versuchspersonen nicht gezeigt werden sollte, da es sich hier um eine Beleidigung der Bundesversammlung handle. Darauf, zu verhindern, daß diejenigen gezeigt wurden, die Schuld tragen am Faschismus, wurde in der Tat von der Polizeigewalt der größte Wert gelegt.



Weitere Pointen dieses Zensur-Schauspiels kann jeder in Kürze aus dem Bildband über den "Anachronistischen Zug", den wir gerade herstellen, entnehmen.

DID: Der Zug bewegte sich dann, nach 1 1/2-stündiger Verspätung durch die Polizeizensur durch Bonn. Die Beethovenhalle, wo gerade Carstens gewählt wurde, war ihm allerdings versperrt. - Wie reagierte die Bonner Bevölkerung, die von den Staatsorganen dazu aufgerufen war, auf dem Marktplatz 30 Jahre Grundgesetz zu feiern, auf diesen realistischen Beitrag zu Geschichte und Gegenwart der BRD?

A.K.:

Man konnte sehr deutlich feststellen, daß die Polizeieingriffe sehr viel dazu beigetragen haben, daß immer mehr Menschen sich hinter dem Transparent "Im Namen der Opfer und unserer Kinder 'Nie Wieder'" einreihen. Auch diese für die Bonner Bürger völlig neue Art der Demonstration brachte uns viel Sympathie ein. Viele Passanten waren wirklich völlig erstaunt über das, was da an ihnen vorüberzog; so etwas hat es wirklich noch nicht gegeben: Eine Demonstration, wo nicht viel gesagt wurde, sondern in Form von Personen, Masken, Kostümen und Losen ihnen der Widerspruch gezeigt wurde zwischen dem, was ihnen hier an Demokratie vorgegaukelt wird und dem, was sie selbst an Vorstellungen von ihrer eigenen Demokratie haben. Häufig kam es vor, daß Menschen direkt entsetzt waren "was ist denn das? das ganze Zeug kenne ich doch von früher"... "um Gottes Willen, lauter Frauen mit blonden Haarkränzen" (die Hitler-Frauenschaft)...



"und die fordern alle 'Freiheit und Demokratie'" - - und viele, viele, die erst entsetzt waren, reihten sich dann im antifaschistischen Zug ein, um mitzudemonstrieren, daß sie für so eine Demokratie nicht sind.

Es gab natürlich auch die üblichen Reaktionen, wie "geht erst mal arbeiten ...". Eine Frau, die erbost mit diesen Worten auf den 'Herrn Krupp' losging, kam allerdings sehr ins Nachdenken, als dieser sie höflich darauf hinwies, welch' große Verantwortung er als Unternehmer tragen würde, und daß er am 30. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Wahl seines Herrn Carstens sich auf alle Fälle seine knapp bemessene Zeit nehmen müsse, um an die Öffentlichkeit zu gehen. 'Herr Krupp' bat die Frau dann, ihre Vorurteile gegen die Unternehmer noch einmal zu überdenken.



Im Hofgarten, wo die Abschlußkundgebung stattfand, rezitierte Frau Hanne Hiob selbst das Gedicht ihres Vaters vor etwa 5 000 Menschen, worauf sich die letzten Schätzungen der antifaschistischen Teilnehmer belaufen. Frau Hiob las die Worte Brechts auf einem von starken Polizeikräften umgebenen Platz.



DID: Wie reagierte die nicht immer freie und demokratische Massenpresse in diesem Land auf den anachronistischen Zug? Du hast ja bereits erwähnt, daß man ihn zumindest 'geschmacklos' fand.

A.K.: Ja, es war schon erstaunlich, wie schnell und wie einheitlich die offizielle Presse einige Zeit vor dem Zug plötzlich von "Geschmacklosigkeit", "Verletzung der Ehre der Bundesversammlung" usw. sprach. Es ist klar ersichtlich, daß zu diesen einheitlichen Äußerungen der Innenminister Hirsch von NRW höchst persönlich den Startschuß gab durch eine eigens von ihm einberufene Pressekonferenz mit dem einzigen Tagesordnungspunkt "Anachronistischer Zug" - von diesem Augenblick an sind in den meisten Redaktionen der Zeitungen und Illustrierten, wo positive Berichte über den Protest gegen Carstens vorlagen, diese Berichte unter den Tisch gewischt worden; den fortschrittlichen Journalisten wurde schlicht eine Sperre auferlegt.

Ja, so steht es mit der viel gepriesenen Pressefreiheit, sie fiel in dieser Situation den Bestrebungen zum Opfer, die der Medienexperte der CDU Klein offenherzig äußerte. Er forderte in einer Presseerklärung die Massenmedien auf, sich ihrer Verantwortung für "Freiheit und Demokratie" bewußt zu sein und dem Protest keinen breiten Raum in der Berichterstattung einzuräumen.

Andererseits ist aber zu nennen, daß es im WDR 2 eine halbstündige, positive Sendung über den "anachronistischen Zug" gab und daß auch die "Frankfurter Rundschau", "Die Neue" und "Die Kommunistische Arbeiterzeitung" sowohl vorher, als auch nachher gut über diesen Protest berichteten. Im Österreichischen Fernsehen wurde auch sehr lang im positiven Sinn über den 'anachronistischen Zug' berichtet.

DID: Der Anachronistische Zug war ein Erfolg. Wir haben gezeigt, daß es noch den aktiven Widerstand und auch die Solidarität verschiedener linker Überzeugungen gegen den Abbau der Demokratie in der BRD gibt und wir haben gezeigt, daß in diesem Widerstand viel Phantasie liegt, daß wir viele verschiedene Formen finden, deren wir uns bedienen können. Ist nun mit dieser beispielhaften Aktion vorerst die Arbeit abgeschlossen, oder welche neuen Aufgaben stellen sich uns?

A.K.: Der "Anachronistische Zug" hat deutlich gemacht, daß es heute möglich ist, daß sich Vertreter verschiedener Weltanschauungen an einen Tisch zusammensetzen und wichtige Erfolge für die antifaschistische Bewegung mitorganisieren können - dies ist ein wichtiger Schritt dahin, daß sich eines Tages auch die wichtigsten Arbeiterorganisationen an einem Tisch zusammenfinden. Dieser Er-

folg muß dahingehend gesichert werden, daß die antifaschistische Bewegung sich stark machen muß gegen die im Bundestag vertretenen Meinungen, Mord sei gleich Mord in Bezug auf die Debatte um die Verjährung von Naziverbrechen. Die BRD muß der UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Verbrechen wider die Menschlichkeit beitreten. -

Dies müssen unsere gemeinsamen Lösungen sein, wenn über diese Frage im Bundestag die Entscheidung fällt.

Was mit dieser Frage, also der Frage der Rehabilitierung des Nazismus in unserem Land eng zusammenhängt, ist die Tatsache, daß die Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten nichts anderes war, als die Probe auf Franz Josef Strauß als

Bundeskanzler. Hier müssen wir gemeinsam sagen:

Nein zu Carstens! Nein zu Strauß! Nein zu jeder Rehabilitierung des Nazismus! und entsprechende Aktivitäten ergreifen in der kommenden Zeit!

DID: Eine letzte Frage: Eine solche, szenische Darstellung mit Kraftwagen, Uniformen, aufwendiger Vorbereitung usw. kostet doch sicher eine Menge Geld. Wie habt Ihr diese Mittel aufgebracht?

A.K.: Von den 48 000.- DM, die dieser Zug in Bonn gekostet hat, wobei die Kosten für den in Arbeit befindlichen Bildband über den Zug eingerechnet sind, sind inzwischen ca. DM 7 000.- durch Spenden eingebracht. Man sieht, das finanzielle Loch ist noch ziemlich groß.



SPENDEN FÜR DIE KOSTEN DES ANACHRONISTISCHEN ZUGES KÖNNEN AUF DAS KONTO DES DID, Postscheckkonto Heinz Jacobi, Postscheckamt München Nr. 28 82 809 Kennwort: 'Nein zu Carstens' oder unter dem gleichen Kennwort auf das Postscheckkonto A. Kammrad, Postscheckamt München, Nr. 3209 45-801 überwiesen werden

Der Bildband über den 'Anachronistischen Zug' kann bestellt werden bei: Angela Kammrad, Tulbeckstraße 4, München 2, Preis des Bildbandes DM 9.--



Eine Posse: Jacobi als "Strauß"

Dem pikanten Vorschlag von Angela Kammrad, ausgerechnet der presserechtlich Verantwortliche des ANTI-STRAUSS-KOMITEES sei doch für die Darstellung des "STRAUSS" im Anachronistischen Zug geeignet, stimmte ich spontan und freudig zu, wenn auch von der lächelnden Unterstellung beleidigt, meine Körperlichkeit ähnele auch nur entfernt der Kompaktheit unseres Bayern-Führers.

Das Bewußtsein, der Ironie einen winzigen Dienst zu leisten, wurde jedoch überschattet vom Verdacht auf etwas Masochismus, verfolgt mich doch Strauß mit seiner Freistaatsjustiz (Über Stocker und Steiner, die munteren Polit-Staatsanwälte, in den streng rechtsstaatlichen Knast) durch Strafanträge, Eifer, Dummheit, Paragraphen, Heimsuchungen und lachhafte Prozesse. Wenn ich es recht überblicke - ich bin in Bezug auf Narreteien ziemlich schlampig und lasse die Kindlein zu mir kommen und wehre

ihnen nur nachlässig - sind es zur Zeit zwei Prozesse im gereiften Stadium der zweiten Instanz (ein Freispruch, eine Geldstrafe) sowie drei kindliche Ermittlungsverfahren wegen

- a) Staatsverunglimpfung
- b) Verwendung der Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- c) Beleidigung (Ich weiß noch nicht, welcher Getroffene da bellt)

Da ich wirklich nicht zum Spezialisten für Strauß-Beleidigungen heranreifen möchte, verkneife ich mir die Schilderung meiner spezifischen Gefühle für Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Franz-Josef Strauß.

Damit die Mimikry gelang, trug ich ausser der gelungenen, bestaunten Maske zum ersten Mal seit dem Abitur eine Krawatte, lieh vom Kabarett "Macht-schattengewächse" (äußerst empfehlenswert, im Hinterhoftheaterl im Gabelsbergerbräu) ein Nadelstreifenjackett und bekam eine passende Hose geschenkt, da meine Neigung zu schwarzen (sic!) Cordhosen hinderlich gewesen wäre. (Ein Kissen unter der Jacke lehnte ich ab: etwas Distanz muß sein.)

Tragen sollte "STRAUSS" das Schild "FREIHEIT FÜR DAS GESCHÄFT MIT DEM TOD", doch Bonns freiheitlich-demokratischer Polizeigrundordnungspräsident ("Eine Zensur findet nicht statt", höhnt das Grundgesetz) meinte, der harmlose Spruch müsse weg. Überrascht von unserer Umsicht - Zensur und Schwachsinn sind berechenbar -, da sofort ein Ersatzschild "FREIHEIT FÜR DIE RÜSTUNGSPRODUKTION"



bereit war, wurde kurz darauf die schöne STRAUSS-Maske, weil sie so treffend war, beanstandet. Ich nahm sie also, folgsam wie ich bin, um den Zug nicht zu gefährden, kurzfristig ab, begab mich auf den schwankenden Boden der FDGO, um sie dann, gedrängt von Photographen+Gelächter, wieder am richtigen Platz dem spöttischen Beifall der Bevölkerung auszusetzen.

Nie noch erlebte ich bei einer Demonstration so viel spontanen und herzlichen Beifall der Zuschauer (das ANTI-STRAUSS-KOMITEE hätte an diesem Tag zusperren können), nie sah oder hörte ich eine Lösung so freundlich mit Klatschen und Lachen aufgenommen, wozu die sinnfällige Verknüpfung des Strauß als Charaktermaske der Rüstungsindustrie durch das mitmarschierende Rüstungspack in Form der Brecht'schen "grauen Herren" mit ihren Angestellten und deren Tafeln "MBB", "Thyssen", "Krupp" usf. augenscheinlich beitrug.



Angeführt und begleitet wurde der Anachronistische Zug zeitgemäß von unseren Freunden und Helfern, welche die zeitweilige Festnahme unserer "SA" ausglich und vergessen machen konnten. Daß just zum selben Zeitpunkt (11 Uhr) meine Münchner "Wohnung" (eine Zelle in einem ehemaligen Ursulinerinnenkloster, vom Verfassungsschmutzbericht zum "Münchner ASK-Büro" befördert) von ca. 15 Freunden und Helfern endlich wieder aufgeräumt wurde (siehe S.28)

paßt in dieses düster-
traurige Bild des Niedergangs einer
bürgerlichen Demokratie in den modernen
Polizeistaat.

Zwischen Angst und Solidarität

Es ist nicht leicht, über ein Ereignis zu schreiben, Eindrücke des Erlebten wiederzugeben, wenn das, was erlebt wurde, so vielfältig, ja beängstigend und im Sinne politischen Handelns ermutigend gleichermaßen war, wie der 'Anachronistische Zug' am 23. Mai ds. Js. in Bonn.

Ein ungewöhnlicher Zug, der sich analog dem Brecht'schen Gedicht am Ufer des Rheins formierte. Alle kamen sie zum Vorschein, die Steigbügelhalter und Mitläufer des Faschismus, die heute unter dem Deckmantel und mit dem Ruf nach Freiheit und Demokratie wahre Demokraten wieder diskriminieren, diffamieren und jagen.

Ein gespenstischer Bilderbogen fein betuchter Industriemagnaten, schwarzrobigter Richter, bigotter Pfaffen, gutbürgerlicher Persönlichkeiten, marschierender Faschisten, Altnazis in politischer Verantwortung bürgerlicher Demokratie - eine Parade antidemokratischer Gesinnung und entsprechenden Verhaltens, auf dessen Grundlage dieser Staat entstanden ist, und es heute ermöglicht daß Carstens, der sich rühmt, aus Karrieregründen Nazi geworden zu sein, daß Carstens von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt werden konnte.

Es galt, öffentlich kundzutun, daß diesem Bundespräsidenten nicht zu beanspruchen erlaubt ist, Demokraten zu repräsentieren.

Dieser Zug der Bilder, die Visualisierung Brecht'scher Vorsehung - das Gedicht entstand bereits 1947 - hat Aufsehen erregt, Wirkung gezeigt in mehrfacher Hinsicht.

Viel gefährlicher als eine normale De-

monstration mit Transparenten, Sprechchören etc., weil einfach verständlich, einprägsam, gesellschaftliche Zusammenhänge in Bildern wirken lassend, mußte ein solcher Zug vor den Augen inländischer und vor allem ausländischer Öffentlichkeit den Herrschenden peinlich sein. Noch dazu, wenn Zustände vorgeführt werden, die so gar nicht recht in das weit verbreitete Bild deutscher Musterdemokratie passen.

Nun gibt es die Möglichkeiten, eine derartige 'Störung', die ja eigentlich gar nicht sein kann, weil alles in Ordnung; zu verhindern.

Ein Massenaufgebot von behelmtten, kampfmäßig ausgebildeten Polizisten, Hubschraubern, Booten auf dem Rhein, Polizeifotografen und Videoten; ein persönlich den Zug indizierender, Bonner Polizeipräsident - fein abgestufte Formen der Provokation, die Verbreitung von Angst unter den Teilnehmern mit dem Ziel, den 'Anachronistischen Zug' wenn nicht zu verhindern, dann wenigstens zu behindern, zu verzögern. Von der Angst muß hier auch die Rede sein, von der sie auslösenden vielfältigen, psychischen und physischen gesellschaftlichen Gewalt des Staatsapparates. Der Polizeipräsident geht mit Mitarbeitern den Zug entlang und zensiert. Alles muß verschwinden, was den Bezug von Vergangenheit und Gegenwart verdeutlicht. Transparente müssen zerstückelt Aufschriften überklebt werden (z. B. unter der Gedichtüberschrift ist 'Ein Zug gegen Carstens' herauszuschneiden, Namen von Konzernen, wie Krupp, BASF sind zu überkleben usw.) mehrere Masken von Altnazis (Globke etc.) oder F. J. Strauß dürfen nicht getragen werden. Zur selben Zeit wird der Ausgang des Parkplatzes, auf dem der Zug sich formiert, zur Straße hin mit Polizeifahrzeugen versperrt. Rundherum unzählige Mannschaftswagen, hunderte von Polizisten.

Gegen 11,30 h - 1 1/2 Std. später als geplant - kommt dann endlich die Erlaubnis zum Abmarsch. Wir wundern uns eigentlich alle, daß die Demonstranten in SA- und SS-Uniformen noch dabei sind. Nervosität und Unruhe bei vielen, die um mich herum sind, alle befürchten, daß die Polizei eingreifen wird. Ich

denke mir, wenn die Polizisten wirklich losschlagen mit ihren Knüppeln oder mit der chemischen Keule, was machst du dann bloß? Dann spitzt sich alles sehr schnell zu. Vielleicht 50 Polizisten lösen sich aus den links und rechts an der Straße abwartenden Hundertschaften, kreisen die Demonstranten, die SS-Uniformen tragen ein, einer wird sofort am Arm gepackt - er wehrt sich nicht - und wird schubsend und stoßend weggeschleppt. Rundherum große Aufregung. Eine Teilnehmerin steht neben mir, zittert und weint. Irgendjemand ruft: Warum tut Ihr nichts? Polizisten und Demonstranten ganz dicht beieinander und es brodelte. Die Polizisten warten nur daß irgendjemand etwas Falsches macht - ein Vorwand zum Losschlagen wäre recht! Jeder spürt das und keiner weiß eigentlich, wie man sich wehren könnte. Es müssen viele da sein, die solche Situationen schon öfter erlebt haben, 'man läßt sich nicht provozieren'. Außerdem sind zahlreiche Presseleute anwesend - vor allem auch ausländische, die mit ihrer Präsenz offenbar mithelfen, daß physische Aggression der Polizei unterbleibt. Sieben Demonstranten in Nazi-Uniformen werden abgeführt nach zwei Stunden ohne erkennungs-dienstliche Behandlung und ohne Begründung freigelassen, z. T. nur noch in Hosen und Stiefeln mit nacktem Oberkörper oder im Unterhemd. Mit all diesen Formen der Zensur erreicht die Polizei



etwas, was sicher nicht in ihrem Sinne war. Sie aktualisieren den Zug, geben den Worten Brechts einen Realitätsgehalt, der Zweifel gar nicht erst aufkommen läßt. Vorhersehung wird in Bonns Straßen zur Realität.

Der Zug bewegt sich durch die Bonner Innenstadt. Er ist ein voller Erfolg, was sich allein schon darin zeigt, daß er in der Stadt selbst immer länger wird. Viele - vor allem junge Leute - schließen sich an, am Schluß sind es 4 bis 5 000 Teilnehmer. Viel Aufmerksamkeit bei den Zuschauern auf den Gehsteigen, die Bilder zeigen Wirkung. Freilich kann man nicht wissen, was in den Gehirnen der Passanten vorgeht, wie sie wirklich auf die an ihnen vorbeiziehende Geschichte politischer Herrschaft in der BRD reagieren. Manchmal kommt Zustimmung, Aufmunterung. Kaum einer allerdings wird den Inhalt dieses Zuges nicht verstanden haben. Dann Abschlußkundgebung auf dem Schloßplatz. Hanne Hiob-Brecht liest das Gedicht ihres Vaters, die Bilder ziehen parallel zu den entsprechenden Strophen an uns vorbei. Dabei wird die Bedeutung dieser ungewöhnlichen Form der Demonstration immer klarer. Man muß auf diesem Weg neuer Ausdrucksformen des politischen Standpunkts weitergehen. Je deutlicher und klarer ein gesellschaftlicher Zustand beschrieben wird - z. B. in der Verbindung von Bild und Sprache - umso mehr besteht eine reale Chance, das verständlich zu machen, was Demokraten denken, was sie mit ihren Aktionen wollen.

Der Anachronistische Zug war auch ein Erfolg in der Zusammenarbeit, im Bündnis zahlreicher Antifaschisten verschiedener Couleur, angefangen von den Jungdemokraten bis zu vielen Gewerkschaftern. Und nur so ist es schließlich auch möglich, Widerstand zu leisten gegen eine Entwicklung in diesem Land, die im Extremfall Demokraten wieder zu Verfolgten, Geknechteten und Geschundenen machen würde.

Deshalb ist es auch notwendig, über 'Angst' zu schreiben, die man erlebt hat, sie vor allem aber in der Solidarität gemeinsamer Interessen zu überwinden. Das hat auch gut geklappt! ■

KEINE VERWIRRUNG MÖGLICH - WIR FORDERN:

Beitritt zur UNO - KONVENTION

Die Beratungen im Rechtsausschuß zum Gesetzentwurf zur Verjährung von Mord endeten in einer Patt-Situation. Es fand sich weder eine Mehrheit für diesen Entschluß noch sah es so aus, als werde die entscheidende Lesung auf den Herbst verschoben, aber nun soll sie doch in einer Sondersitzung in der Parlaments-Sommerpause Anfang Juli stattfinden. Eine verdächtige Eile, die anzeigt, für wie "gefährlich" die zunehmende Politisierung der Öffentlichkeit, insbesondere der Gewerkschaften, für das geplante Gesetzesvorhaben eingeschätzt wird. Es mehren sich nämlich die Stimmen, die die bedingungslose Aufhebung der Verjährung für alle Nazi-verbrechen fordern und sich vom parlamentarischen Streit um juristische Spitzfindigkeiten nicht weiter verwirren lassen. So sprachen sich jetzt auch der Vorstand der IG-Metall für die "Aufhebung der Verjährungsfrist für Gruppen- und Völkermord" aus, was sich in der gegenwärtigen Situation gegen den Wehner/Vogel-Entwurf (s. letzter DID) richtet. Christian Götz vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen forderte ein klares "Nein" zur Verjährung von Nazi-verbrechen durch den Beitritt zur UNO-Konvention, auch die GEW-Bayern veröffentlichte eine Resolution dieses Inhalts. Dies ist die klare Alternative zur verwirrenden Bundestagsdiskussion, die dem Bürger anscheinend nahelegen soll, daß er bei solchen juristischen Spezialfragen gar nicht mitreden könne.

"Seit 1968 gibt es die UNO-Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfrist auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Niemand kann also behaupten, daß sich eine Verjährung der Nazi-Verbrechen nur mit Hilfe einer allgemeinen Nichtverjährung für Mord verhindern ließe. Es ist für die Bundesrepublik nicht nur eine moralische Pflicht oder eine Frage der politischen Vernunft, sondern auch ein verfassungsrechtlich (Art.25 GG)

statuiertes Gebot, dieser UNO-Konvention beizutreten und damit die Nichtverjährbarkeit der in der NS-Zeit unter staatlicher Anleitung massenhaft verübten Mordtaten festzustellen. Es geht um ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Naziverbrechen." (Wir zitieren aus einem veröffentlichten Leserbrief an die SZ (21.3.79) von Dr. Tersteegen Vorstandsmitglied der Vereinigung Demokratischer Juristen). Genau darum geht es, und der Bundestag drückt sich um diese Frage herum.

Ein Zitat aus der Debatte zur ersten Lesung des Wehner/Vogel-Entwurfes des SPD-Rechtsexperten und Rechtsausschuß-Mitgliedes Emmerlich zeigt es dankbar deutlich:

Er sagte: ".... Um etwaigen Mißverständnissen deutlich entgegenzutreten, erkläre ich auch und wiederhole 'bei unserer Entscheidung geht es nicht um ein Ja oder Nein zum Nationalsozialismus, geht es nicht (Hervorhebung durch die Red.) darum, ob seine Verbrechen zu verurteilen sind oder nicht" (Bundestagsprotokoll, 145. Sitzung, 11569).

Den Stein der Weisen für diese Taktik meint nun der CDU-Abgeordnete Erhard gefunden zu haben (SZ 15.6.79). Er schlägt vor, die Verjährungsfrist aufzuheben, aber den "Verfolgungszwang der Staatsanwaltschaft abzuschwächen" und die Anklageerhebung der richterlichen Entscheidung zu überlassen; zudem soll nur dann Anklage erhoben werden, wenn "die Schuld des Täters besonders schwer ist".

Wahrlich eine bestechende 'Lösung'. Das Ausland soll schön beruhigt sein. Wir haben unser Gesicht gewahrt und die Verjährung aufgehoben, an der bisherigen Strafverfolgung und Rechtsprechung braucht sich nichts zu ändern. Aber unsere Forderung bleibt: Beitritt der BRD zur UNO-Konvention.

Es bleibt kaum noch Zeit, Einfluß zu nehmen. Nutzen wir sie an der Öffentlichkeit, beeinflussen wir die Gewerkschaften so weit wie möglich zu einem ehrlichen und klaren Nein zur Verjährung von Naziverbrechen. ■

Schwamm drüber!
VERJÄHRUNG!



Montage: Holtfreter

KZ Auschwitz-Birkenau: Ermordete Häftlinge werden im Freien verbrannt



Einige unsrer besten Bürger
Einst geschätzt als Judenwürger
Jetzt geknebelt, sehr ihr schreiten
Für das Recht der Minderheiten.

Früherer Parlamentarier
In den Hitlerzeiten Arier
Bieten sich als Anwalt an:
Schafft dem Tüchtigen freie Bahn!

„Was heute Recht ist, kann damals nicht Unrecht gewesen sein,,

Am Charakter des letzten Oktober in Kraft getretenen, bayerischen Polizeiaufgabengesetzes wird deutlich, warum Strauß & Co. so auf die Verjährung der Nazi-Verbrechen drängen, Prozesse, die wie der jüngste Maidanek-Prozeß die Bevölkerung an den unsagbar schrecklichen Terror des Nazi-Staates erinnern, stören bei der Errichtung eines Staates, der die Interessen des Kapitals notfalls wieder mit Maschinengewehren und Handgranaten gegen die eigene Bevölkerung verteidigt, der der Polizei den gezielten Todesschuß erlaubt, so ganz nebenbei auch auf "terroristische" Jungen und Mädchen unter 14 Jahren, der - wenn nötig - Menschen in Vorbeugunghaft nehmen kann, wenn bei ihnen nur der Verdacht besteht, daß sie die 'verfassungsmäßige Ordnung auf verfassungswidrige Weise stören könnten' etc.

Die Nazi-Prozesse könnten den Leuten in Erinnerung rufen, daß die Polizei schon einmal mit Maschinengewehren Menschen en masse dahingemetzelt hat, bevor der Hitler-Faschismus öffentliches, demokratisches Auftreten von vornherein unterband. Die Leute könnten sich vielleicht auch daran erinnern, daß die Nazis unter dem Vorwand, die öffentliche Ordnung schützen zu müssen, Kommunisten, Gewerkschafter und Sozialdemokraten in KZ-Schutzhaft nahmen. Es könnte dann vielleicht auch auffallen, daß der Staat durch Formulierungen wie 'verfassungswidrige Störung der verfassungsmäßigen Ordnung' wunderschöne Gummiparagraphen erhält, die es ihm erlauben, so ziemlich jeden Regimegegner einzulochen, wenn er es für nötig hält. Er braucht ihn dazu ja nur zu verdächtigen!

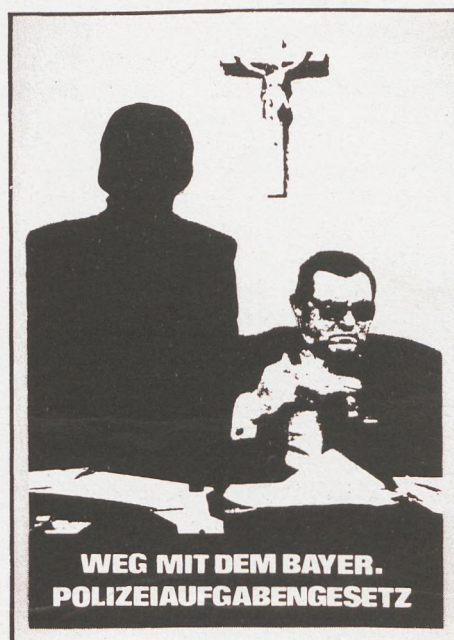
Da sind Strauß & Co. die Terroristenprozesse schon lieber. Die liefern ihm ja den Vorwand für solche Gesetze wie das PAG. Aber seit wann treten die Terroristen in Menschenmengen auf, so daß man ein Gesetz

schaffen muß, das den Einsatz von schweren Waffen gegen Menschenmengen legitimiert? Seit wann gehören Kinder, noch nicht einmal Jugendliche, zu den Terroristen?! Wenn man weiß, daß die Nazis darüber schimpften, daß Arbeiter bei Demonstrationen oft ihre Frauen und Kinder vorschickten, damit die Polizei nicht schießen würde, kommt man auf Assoziationen, die man sich selbst noch gar nicht eingestehen mag.

Man erinnere sich nur, was damals der Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz meinte, als er zu verstehen gab, welchen "Spaß" es ihm machen würde, auf eine Menge Streikender zu schießen, "wenn es ein politischer Streik ist".

Aber, wie in der Frage der Verjährung von Nazi-Verbrechen Demokraten Fortschritte erzielt haben, so auch in der Abwehr des repressiven Polizeigesetzes. Der bundeseinheitliche Polizeigesetzes-Entwurf der CDU/CSU wurde im Bundestag abgelehnt, wobei die ausschlaggebenden Gründe der gezielte Todesschuß und die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten waren.

Ein Beweis für die demokratische Gesinnung unserer sozial-liberalen Parlamentarier? Wohl kaum! In Bayern, im Musterland von Strauß wurde das noch schärfere PAG durchgepeitscht, noch ehe sich ein breiter Protest der demokratischen Öffentlichkeit überhaupt



**WEG MIT DEM BAYER.
POLIZEIAUFGABENGESETZ**

formieren konnte, verzichtete die Landtags-SPD auf eine Stellungnahme gegen das PAG und enthielt sich bei seiner Verabschiedung geschlossen der Stimme. Inzwischen haben jedoch mehr und mehr demokratische Organisationen und Persönlichkeiten ihre Stimme gegen das PAG erhoben. Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den letzten Innenminister des Kabinetts Goppel, gegen den Strauß-Freund, den früheren und auch wieder heutigen Nazi-Anwalt Alfred Seidl klärte das ASK in Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe von fortschrittlichen Organisationen (Bund Deutscher Pfadfinder/Bund Demokratischer Jugend-Landesverband Bayern, Deutscher Freidenkerverband - Landesverband Bayern, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner - Landesverband Bayern, Humanistische Union - Landesverband Bayern, Jungdemokraten - Landesverband Bayern, Bund Demokratischer Wissenschaftler - Sektion München, Jungsozialisten - Unterbezirk Nürnberg, Vereinigung Demokratischer Juristen - Regionalkomitee München, Sozialistisches Zentrum München (SB), Der Demokrat Zeitung antifaschistischer Lehrer/Gießler Unterstützungsgruppe München des 3. Rasseltribunals) breitere Kreise der Öffentlichkeit über das PAG mit einer Broschüre auf.

Auf SPD-Veranstaltungen und Gewerkschaftsveranstaltungen über den Film Holocaust wurde das PAG immer wieder zur Diskussion gestellt und obige Broschüre verkauft. Initiativen gegen das PAG wurden in allen größeren Städten Bayerns gegründet.

Im Zusammenhang mit diesem Protest ist es zu sehen, wenn die SPD/FDP, die sowieso schon genug Schwierigkeiten hat, ihre Politik gegenüber ihrer Basis und ihren Jugendorganisationen zu erklären im Bundestag gegen das einheitliche Polizeiaufgabengesetz gestimmt hat. Ein Erfolg, sicher, aber er reicht nicht aus. In Bayern steht das Gesetz noch. Es zu Fall zu bringen, ist eine schwere Aufgabe. Sie ist nicht aussichtslos, sie darf nicht aussichtslos sein, wollen wir nicht die Gefahr einer brutalen Staatsgewalt in Kauf nehmen. Aber sie wird nur dann zu bewältigen sein, wenn sich der Widerstand gegen das PAG und diejenigen, deren Machwerk dieses Gesetz darstellt, weiter und über alle ideologischen Divergenzen der fort-

schriftlichen Organisationen hinaus verbreitert und verstärkt.

Es muß nochmals betont werden, daß für die Erreichung dieses Ziels auch der Kampf für die Aufhebung der Verjährung der Nazi-Verbrechen unabdingbar ist. Denn die Verjährung, sprich das Vergessen und die stillschweigende oder gar offene Rehabilitierung des Nazi-Terrors, ebnet den Reaktionären nur die Bahn für ihren Marsch nach rechts. Wenn die alten Nazis heute auftrumpfen mit Sprüchen wie: "Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein", was hätten wir zu erwarten, wenn die Verjährung durchkäme?

Presseerklärung der Eltern von Elisabeth van Dyck

Unsere Tochter Elisabeth ist tot. Der Geschehensablauf, wie wir ihn den Presseberichten entnehmen, läßt Fragen offen und gibt Anlaß zu Fragen:

1. Wieso ist es einem in der Festnahme von "mutmaßlichen" Terroristen oder Terroristinnen bestens geschulten Spezialkommando nicht möglich, eine Festnahme ohne tödlichen Ausgang vorzunehmen, obwohl die Wohnung bereits tagelang observiert wird und das Haus von einer Hundertschaft umstellt ist?

2. Wieso wird gegen eine einzelne Person der gezielte Todesschuß angewandt?

3. Wieso wird anläßlich einer Festnahme der Todesschuß in den Rücken abgegeben?

Dieser Praxis des gezielten Todesschusses auf der einen Seite, steht gegenüber die Mißachtung unserer menschlichen und juristischen Belange: So erfuhren wir am Samstag früh aus den 7Uhr Nachrichten erst vom Tod unserer Tochter. Die offizielle Benachrichtigung durch die Behörden kam erst auf Betreiben unseres Anwaltes am Samstag um 17 Uhr, obwohl unser Haus ununterbrochen observiert wurde.

Die Obduktion wurde am Samstag vormittag vorgenommen, ohne unsere Einwilligung einzuholen, ohne uns die Möglichkeit der Teilnahme zu gewährleisten, ja, sogar ohne uns überhaupt zu benachrichtigen. Elisabeths Tod reiht sich ein in die ständig wachsende Serie der Fahndungs"erfolge" mit tödlichem Ausgang. Allein 1978 wurden 18 Menschen von der Polizei im Zuge von Fahndungsmaßnahmen erschossen oder durch sonstige Gewaltanwendungen getötet. Es muß festgehalten werden: Unsere Tochter stand lediglich im Verdacht, einer terroristischen Vereinigung angehört zu haben. Die Praxis des gezielten Todesschusses und der Kommentar des Nürnberger Polizeipräsidenten Helmut Kraus "es war ein Bombenerfolg für uns" erfüllen uns mit tiefer Betroffenheit, ebenso wie die eklatante Mißachtung unserer Rechte als Angehörige.

Ilse von Dyck, Johann van Dyck
8.5.79

Es bleibt dann nur noch eine zynisch-aggressive Rechtfertigung für die Vergangenheit und in gefährlich zunehmendem Maße auch für die Gegenwart und Zukunft.

Sorgen wir dafür, daß die Alt-Nazis nicht mit dem gleichen Zynismus sagen können: "Was heute rechtens ist, kann damals nicht unrecht gewesen sein."

Weg mit dem PAG und auch darum: Keine Verjährung für Nazi-Verbrechen!

Der neue Verfassungsschutzbericht für 1978 liegt vor. "Während die Staatsapparat 'alles mögliche unter linksextrem eingruppierten, was ein normaler Mensch nicht so einschätzt', wurden einige neonazistische Gruppen in Bayern gar nicht registriert. Zugleich würden immer häufiger 'unschuldige Bürger vom Verfassungsschutz beschnüffelt'." So die Stellungnahme der bayerischen Jungdemokraten in der Abendzeitung vom 8.6.79.

20 DID's unter'm Arm - Verfassungsfeind

Kurt Roßgoderer

8251 Kirchdorf, 13. Juni 79
Schusterbauernstr. 19

Presseerklärung

"Verfassungsschutz"-Methoden oder Demokratenverfolgung in Bayern

Zu Ihrer Information möchte ich zuerst meine Pressemitteilung vom Juli 78 wiederholen:

Ich stand am 12. Juli 78 (dem Tag der Verabschiedung der neuen Polizeigesetze) um 18 Uhr am Max-Weber-Platz in München. Unter dem Arm trug ich zusammengerollt 20 Exemplare des "Demokratischen Informationsdienstes" Nr. 31, bekannterweise eine antifaschistische und demokratische Zeitung, herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee. Plötzlich tauchten mehrere Polizisten auf, sie nahmen mich unter dem Vorwand, ich hätte einen Informationsdienst betrieben, fest, und beschlagnahmten drei Exemplare. Mein Führerschein, Kfz-Schein und eine positive Anfrage bei der Meldebehörde reichten ihnen zu meiner Identifizierung nicht aus. Ich wurde zuerst auf das Revier 11 gebracht und anschließend unter schärfster Bewachung dem Polizeipräsidium überstellt (mit drei Fahrzeugen). Nach 30 Minuten Aufenthalt im Haftraum wurde ich von Beamten des Kriminalkommissariats 143 für politische Strafsachen zum Verhör abgeholt. Sie beschuldigten mich des § 187a, Beleidigung eines Politikers, da in obiger Zeitung der Innenminister Seidl als Nazi-Sympathisant und als alter Nazi bezeichnet wird. Anschließend werde ich erkennungsdienstlich behandelt. Mein Anwalt erreicht schließlich, daß ich um 22.30 Uhr entlassen werde.

Als ich am nächsten Tag meine Wohnung betrete, stelle ich fest, daß sie durchsucht worden ist. Aus einem zurückgelassenen Sicherungsverzeichnis ersehe ich, daß sie weitere Druckschriften des Anti-Strauß-Komitees beschlagnahmten: 4 x "Dokumentation Strauß in Chile" und 7 x die letzte Sondernummer.

Am nächsten Tag erhalte ich dann nochmals Besuch in der Schule von zwei Beamten vom Verbrechensbekämpfungsdezernat. Sie verdächtigten mich eines Raubüberfalls, da bei der Wohnungsdurchsuchung ein "Zufallsfund" ans Tageslicht gekommen war: Ein Plastikbeutel mit folgendem Inhalt: Eine Damenstrumpfhose originalverpackt, ein Paar Skihandschuhe, eine Sonnenbrille, ein kleines Besteckmesser und 10 Papiertaschentücher. Und da ich einen Geldbetrag von ca. 5000 DM zuhause hatte, war wohl das naheliegendste ein Raubüberfall, oder zumindest ein geplanter, da die Strumpfhose, die Taschentücher und das Messer noch un-

benützt waren. Erst nach 45 Minuten konnte ich ihnen glaubhaft versichern (hoffentlich!), daß ich die gefährlichen Werkzeuge nicht mißbraucht habe und kein Bankräuber bin.

Soweit meine Erklärung vom 18. 7. 78. Bleibt nur noch anzufügen, daß mir daraufhin von meinem damaligen Arbeitgeber, dem Bezirkskrankenhaus Haar, sofort ohne Angabe eines Grundes die Bezüge gesperrt wurden.

Im Mai 79 teilte dann das Gericht auf Anfrage meines Anwalts mit, daß das Verfahren gegen mich mangels Strafantrag vom angeblich Beleidigten eingestellt worden ist.

Ich fiel deshalb aus allen Wolken, als ich aus dem neuen "Verfassungsschutzbericht" erfuhr, ich sei ein Funktionär des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB).

Dazu kann ich nur erklären, daß dies eine absichtliche und unverschämte Verbreitung einer unwahren und unhaltbaren Tatsache ist und ich mich dagegen mit allen rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen werde.

Ich erkläre weiter, daß ich gegen Strauß und seine Politik bin, und deshalb die Arbeit vom Anti-Strauß-Komitee begrüße und unterstütze, insbesondere die antifaschistische und demokratische Zeitschrift des ASK, den "Demokratischen Informationsdienst".

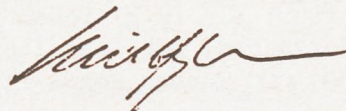
Ich protestiere auf das schärfste gegen die unrechtsstaatlichen Mittel, die der "Verfassungsschutz" anwendet, um aktive Demokraten zum Schweigen zu bringen und deren berufliche Existenz zu ruinieren, indem er Lügen verbreitet und Strauß-Gegner sofort als Kommunisten abstempelt, mit der Absicht, diesen Personen und Organisationen die "politische Legitimität" (die laut Grundgesetz und Verfassung auch Kommunisten - im Gegensatz zu Neofaschisten - haben) zu entziehen, sie zu isolieren, zu spalten und andere Organisationen, die deren Arbeit unterstützen, einzuschüchtern.

Ich bitte alle diejenigen demokratischen Organisationen, welche die Broschüre des Anti-Strauß-Komitees "Minister Seidl muß zurücktreten" bzw. "Weg mit dem Bayer. Polizeiaufgabengesetz" durch Mitherausgabe unterstützt haben, und die deshalb ebenfalls im "Verfassungsschutzbericht" namentlich genannt wurden, so

der Bund Deutscher Pfadfinder/Bund dem. Jugend - Landesverband Bayern
der Deutsche Freidenkerverband - Landesverband Bayern
die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner,
Landesverband Bayern,
die Humanistische Union - Landesverband Bayern,
die Jungdemokraten - Landesverband Bayern,
der Bund dem. Wissenschaftler - Sektion Bayern,
die Jungsozialisten - Unterbezirk Nürnberg,
die Vereinigung Dem. Juristen - Regionalkomitee München,
das Sozialistische Zentrum München
der Demokrat, Zeitung antifaschistischer Lehrer/Gießen;
die Unterstützungsgruppe München des 3. Russeltribunals,

um weitere Unterstützung und um weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Es drängt sich mir ein Vergleich auf: Vor gar nicht langer Zeit, vor 46 Jahren, wurden ebenfalls mißliebige Personen und Minderheiten, sog. Staatsfeinde, mit ähnlichen Mitteln "zum Schweigen" gebracht.



Antikriegstag

1. September 1939

Deutsche Truppen marschieren in Polen ein

40 Jahre später

1. September 1979

Deutsche Industrie rüstet wieder zum Krieg

Teil I

Kampf um Öl wird zur Kriegsgefahr

... Ölpreise steigen wie noch nie... Wirtschaft in ihrer Existenz bedroht?... Für den Profit schrecken die Bosse vor nichts zurück... Volle Kassen heiligen jedes Mittel, selbst den Krieg ...

Teil II

Bundesrepublik - Waffenschmiede der Welt

... Krieg ist ein einträgliches Geschäft... Waffen made in Germany für die ganze Welt
... "Die 1. Bombe fällt auf München"... Freistaat Bayern mit über 13 % bei MBB beteiligt... "Strauß ist der Geheimtip der Industrie"...

Teil III

"Falls Strauß Bundeskanzler wird, dann wird die Bundesrepublik nicht nur die stärkste Macht in Stahl, Soldaten und Reichtum sein. Dann wird sie auch den politischen Willen haben diese Überlegenheit zu ihrem Vorteil zu nutzen." (BILD)
... wir sind wieder wer, wir wollen noch mehr... "mit Deutschland für Europa"...
"mit Europa gen Osten".... Außenpolitik a la Strauß... Kriegsvorbereitung...

Teil I

KAMPF UM ÖL WIRD ZUR KRIEGSGEFAHR

In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin 'Time' äußerte Bundeskanzler Schmidt, der Kampf um die Verteilung von Öl und Naturgas könne zum Krieg führen. Betrachtet man die Preise, die derzeit für Erdölprodukte gefordert werden, so hat man den Eindruck, daß dieser Kampf bereits in vollem Gange ist. Die erhöhten Preise werden mit dem Hinweis auf eine Verknappung von Erdöl, die hauptsächlich durch Produktionsausfälle im Iran verursacht seien, gerechtfertigt. Eine Beschäftigung mit entsprechenden Zahlen zeigt jedoch, daß eine Verknappung offensichtlich nicht vorliegt!

So wurden in den ersten vier Monaten 1979 rund 5,8 Millionen Tonnen Rohöl mehr eingeführt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Iran lieferte im April 501 000 Tonnen Rohöl in die

BRD, was etwa der halben Liefermenge des Vorjahres entspricht. Die noch fehlenden Mengen wurden durch zusätzliche Importe von Nordseeöl fast ausgeglichen. Aus Nigeria erhöhten sich die Einfuhren um ca 650 000 Tonnen pro Monat, Saudi-Arabien und Libyen lieferten mehr als je zuvor. (tat, 8.7.79). So fand auch auf dem Weltmarkt kein Anstieg der Preise statt, wodurch eine Erhöhung des Heizölpreises bei uns gerechtfertigt werden könnte. Im Gegenteil, im April 79 kostete die Tonne Rohöl frei Grenze 246 DM im Gegensatz zu 252,50 DM im April 1977. Die horrenden Preise auf dem Rotterdamer Ölmarkt (z.B. am 25.5.79 0,63 DM für 1 l leichtes Heizöl), mit denen die hohen Endverbraucherpreise gerechtfertigt werden sollen, können nicht als repräsentativ angesehen werden, weil auf diesem Markt nur winzige Mengen im Vergleich zur Gesamtproduktion umgesetzt werden.

Wie sollte also die wahnsinnige Preissteigerung bei Ölprodukten anders gesehen werden als eine maßlose Preistreiberei der Erdölkonzerne zur Erhöhung der Gewinne im Angesicht fingierter Krisen.

Unabhängig davon, ob das Öl schon knapper wird oder nicht, wird heute bereits ein erbitterter Kampf darum geführt. Es gibt keinen Zweifel, daß die Industrie extrem stark von Öl abhängig ist. Schon relativ geringe Lieferengpässe würden die Produktion empfindlich stören und damit die Gewinne der Konzerne gefährden.

Was liegt also näher, als daß die Herren der Wirtschaft alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel ausschöpfen um in den Ursprungsländern wichtiger Rohstoffe ein stabiles, ihren Interessen dienendes System zu erhalten bzw. einem solchen zur Macht zu verhelfen.

"Die USA sind bereit, ihre vitalen Interessen wahrzunehmen, mit jedweden Mitteln, einschließlich der militärischen"(der amerikanische "Verteidigungs"-Minister Brown im April 1979; zitiert nach Spiegel 23/79)

Das Spektrum dieser Mittel reicht dabei von gezielten Wirtschaftshilfen bzw. -Sanktionen über die Arbeit der Geheimdienste(z.B. der CIA in Chile), Waffenlieferungen bis hin zur Androhung und Anwendung offener, militärischer Gewalt.

Ein recht drastisches Beispiel für diese Art der Einmischung ist die Unterstützung des Schahregimes im Iran durch die USA, die BRD und andere Industriestaaten. Der Schah war auf die Waffenlieferungen seiner Verbündeten angewiesen, um seine Macht zu erhalten. Damit er diese Waffen bezahlen konnte, mußte er Öl liefern.

So profitierten die Industriemächte in zweierlei Weise von ihrer "Hilfe": Einerseits mußte ihnen der Schah Öl, mehr oder weniger zuden von ihnen gestellten Bedingungen, liefern; andererseits konnten sie einen Teil des Geldes, das sie für das Öl ausgegeben hatten, über die Gewinne bei den Exporten von Rüstungsgütern wieder zurückbekommen. Daß die Bundesrepublik an dieser "Hilfe" maßgeblich beteiligt war, sollen einige Beispiele zeigen: So

Den Uyl: Nur die EG verhindert die Kriegsgefahr aus Deutschland

Amsterdam (Reuter)

Die Europäische Gemeinschaft (EG) muß den Worten des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Joop den Uyl zufolge unbeschadet erhalten bleiben, wenn die von Deutschland ausgehende Gefahr eines neuen Krieges abgewendet werden soll. Auf einem Symposium in Amsterdam erklärte der sozialdemokratische Parteiführer weiter, jede Demontage an der Gemeinschaft, die der Bundesrepublik größere Handlungsfreiheit gebe, erhöhe die Kriegsgefahr. „Wer verhindern will, daß Deutschland erneut zur Brutstätte des Krieges wird, muß die Europäische Gemeinschaft intakt halten“. Als eine „peinliche Entgleisung“ bezeichnete der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Genscher, die Äußerung von den Uyl. Genscher betonte, die Deutschen hätten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in überzeugender Weise zu einer Politik des Friedens bekannt. Diese Politik werde von, allen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik vertreten. **52 28.5.79**

Soweit kann es allerdings nicht her sein mit der "von allen demokratischen Parteien vertretenen Politik des Friedens", wenn zum Beispiel die Aufklärung über die Hauptschuldigen am Krieg nicht gefördert, sondern sogar verboten wird(wie in Bonn bei der Aufführung des 'Anachronistischen Zuges' von Brecht; siehe dazu auch den Artikel in diesem DID), oder wenn z.B. die Parlamentarier darüber debattieren, ob sie die Verbrechen der faschistischen Massenmörder jetzt nicht endlich mal verjähren lassen sollte...

kaufte der Iran seit 1974 bei bundesdeutschen Waffenproduzenten für über 100 Millionen Mark Munition, Maschinengewehre, Pistolen, Gewehre und Handgranaten ein. (Spiegel 2.4.79) Außerdem wurden in den Jahren 1976 bis 1978 Munitions- und Gewehrfabriken, Fertigungsunterlagen, Spezialmaschinen und Ersatzteile im Wert von 959,8 Millionen DM an den Schah verkauft(Spiegel 2.4.79) u. (Stern 8.3.78).

Der Sturz des Schahregimes zerstörte diese Abhängigkeit des Iran und schädete den Konzernen damit in zweierlei Hinsicht: Erstens besteht die Gefahr, daß dadurch eines Tages für die Imperialisten die wichtige und bis dahin sichere Rohstoffquelle Iran versiegt. Zum zweiten hat die neue iranische Regierung z.Zt. kein Interesse in derselben Weise wie der Schah teure Rüstungs- und Industriegüter zu kaufen. Der Iran

droht nicht nur als Rohstofflieferant, sondern auch als zahlungskräftiger Absatzmarkt für die westliche Industrie verloren zu gehen.

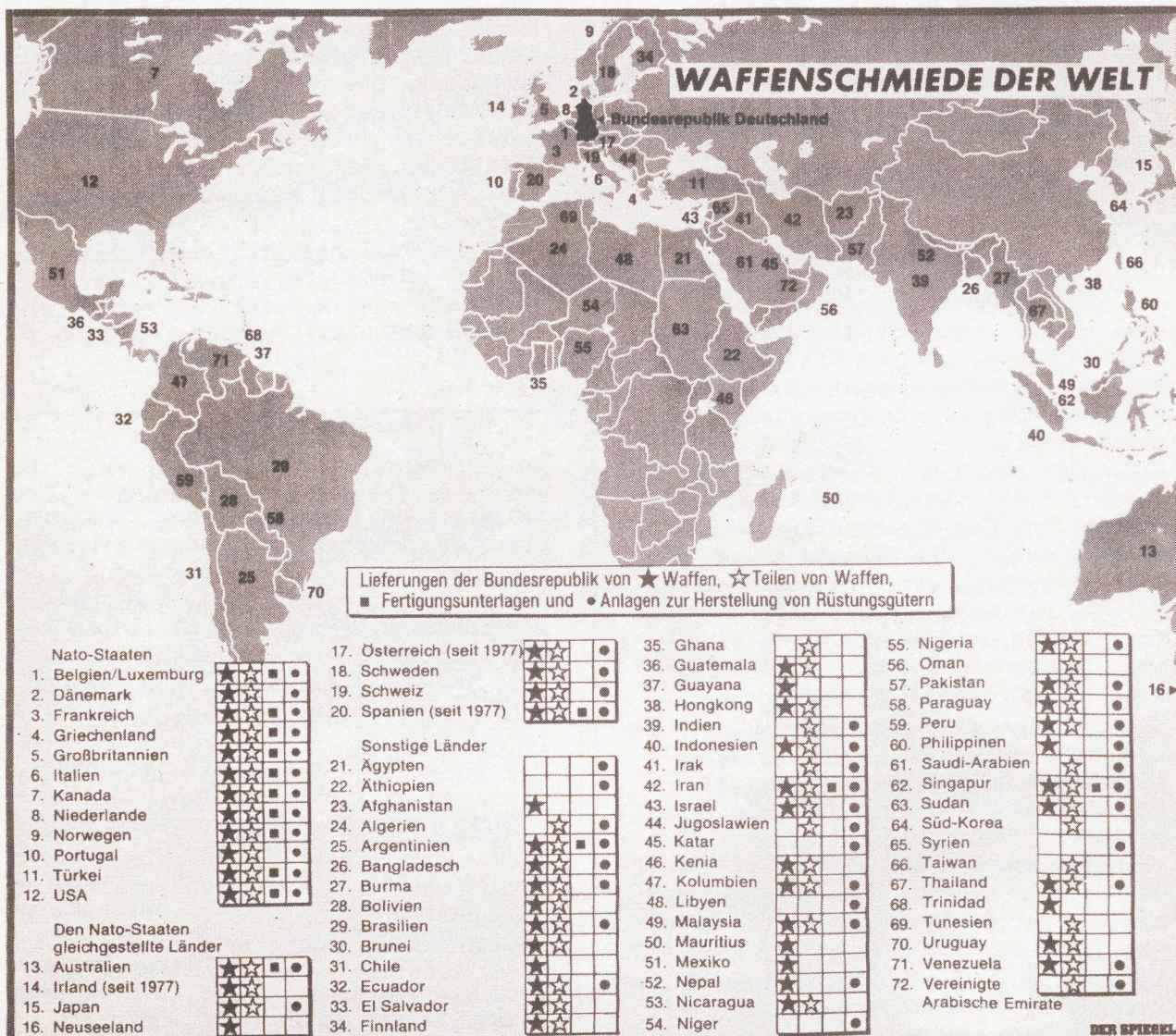
Es ist zu erwarten, daß die USA, die Bundesrepublik und die anderen am Iran interessierten Mächte alle Hebel in Bewegung setzen werden, um diesen Markt zurückzuerobern.

So gesehen ist das eingangs erwähnte Zitat von Helmut Schmidt, der Kampf ums Öl würde zur Kriegsgefahr, nicht nur als Feststellung einer Gefahr, sondern auch als Drohung gegen alle Öl-Förderländer, die sich den Forderungen der Industriemächte widersetzen, zu verstehen.

Teil II

BRD - WAFFENSCHMIEDE DER WELT

Militärische Auseinandersetzungen haben allerdings nicht nur den Zweck, Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu sichern, bzw. zu erobern, sondern Krieg an sich ist ein einträgliches Geschäft. Und zwar für alle die Firmen, die direkt oder indirekt an der Rüstungsproduktion beteiligt sind. Am Geschäft mit dem Krieg sind die meisten großen Konzerne und viele kleinere Betriebe in der BRD beteiligt. Unter den Konzernen, die heute bei uns an der Rüstung verdienen, sind viele, deren Produkte ihren Besitzern schon während des 2. Weltkrieges großen Gewinn einbrachten.



Hier wären z.B. zu nennen: Thyssen, Kraus-Maffei, Siemens, AEG-Telefunken, Messerschmidt (16,3 % von MBB), Bölkow (13,42 % von MBB) und Dornier. Die meisten dieser Firmen waren maßgeblich beteiligt an der Errichtung des Hitler-Faschismus. So spendete Flick (heute 93 % von Krauss-Maffei) vor 1933 über 50 000 Reichsmark für den Aufbau der NSDAP. Heute, 40 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkrieges, liefern dieselben Firmen wieder Waffen in über 70 Länder der ganzen Welt.

Abgesehen davon haben diese Konzerne in der Bundeswehr einen krisenfesten und zahlungskräftigen Abnehmer. Die BRD hat nach den USA mit 275 DM/pro Kopf die zweithöchsten Rüstungsausgaben in der NATO. (Im Vergleich: Großbritannien 172 DM/Kopf, Frankreich 170, Italien 76). In diesem Sinne ist es nur logisch, daß die Soldaten dieser Bundeswehr zum Kadavergehorsam nach innen und zu Eroberungsgelüsten nach außen erzogen werden, damit sie auch in Zukunft die Waffen nicht gegen ihre eigentlichen Feinde, sondern gegen die Feinde der Befehlshaber richten. "Die erste Bombe fällt auf München" diese 1969 geäußerte Befürchtung des damaligen Bezirksleiters der IG Metall hat heute mehr Gültigkeit als je zuvor. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich die Konzentration der Rüstungsproduktion im Raum Südbayern. Firmen wie Krauss-Maffei (Kampfpanzer Leopard), MBB (Kampfflugzeug MRCA-Tornado) und Dornier (Kampfflugzeug Alpha-Jet) finden hier nahezu optimale Bedingungen vor. Vor allem zwei Gründe gibt es, warum sich die Rüstungsbosse in Bayern so wohl fühlen. Einmal werden Rüstungsbetriebe in Bayern besonders massiv aus Steuergeldern unterstützt. Als Beispiel hierfür sollen nur die Beteiligung des Freistaats Bayern an der Messerschmidt Bölkow Blohm GmbH mit 5,93 % direkt und 7,8 % über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung erwähnt werden.

Zitat

„Ich wünsche Ihnen hier in unserer Reichshauptstadt einen angenehmen Aufenthalt“ (der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Nürnberg zu den Teilnehmern des Evangelischen Kirchentages). (Spiegel 25/79)

(Die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung ist zu 100 % in den Händen des Freistaates Bayern!) Zum zweiten, weil Strauß ein politisches Konzept vertritt, das den Wirtschaftsbossen aus der Seele spricht. Strauß garantiert ihnen Freiheit (wobei er offen sagt, daß die Verhältnisse in Chile seinen Idealvorstellungen entsprechen), statt Ausdehnung des Sozialstaates" plant er "finanzpolitische Solidität", "Steuersenkungen", "Ausgabeneinsparungen..." (Spiegel 25/79) Das heißt Geschenke an die Unternehmer, dafür werden den Arbeitern und Angestellten noch ein paar wohlverdiente Leistungen gekürzt und die Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte drastisch eingeschränkt.

" FALLS STRAUSS BUNDESKANZLER WIRD, DANN WIRD DIE BUNDESREPUBLIK NICHT NUR DIE STÄRKSTE MACHT IN STAHL, SOLDATEN UND REICHTUM SEIN. DANN WIRD SIE AUCH DEN POLITISCHEN WILLEN HABEN, DIESE ÜBERLEGENHEIT ZU IHREM VORTEIL ZU NUTZEN ".

(BILD, 6.5.69)

"Deutschland muß in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden!"

fordert Strauß seit vielen Jahren, zuletzt auf dem Europa-Parteitag der CSU im Frühjahr 1979.

In der Tradition der Reaktionäre und Ultrarechten der Weimarer Zeit, die nicht bereit waren, das kleiner gewordene Deutschland als Ergebnis des von deutschem Boden ausgegangenen Krieges hinzunehmen, versucht auch Strauß der Bevölkerung einzureden, die Grenzen von 1945 seien ein Unrecht, das dem deutschen Volk zugefügt worden sei. Die Tatsache, daß immer noch viele Menschen unter der Teilung Deutschlands leiden, benutzt Strauß dazu, seine Vorstellung von der 'Lösung der deutschen Frage' zu propagieren. Als habe der 2. Weltkrieg nie stattgefunden, als habe es nie den räuberischen Überfall deutscher Truppen auf unsere Nachbarländer gegeben, werden die vertraglichen Regelungen, die nach dem Krieg von den Siegermächten getroffen wurden, nicht akzeptiert, wird beispielsweise auch die DDR nicht als selbständiger Staat anerkannt. Wie wenig die wirtschaftlichen Kräfte, die

hinter Strauß stehen, bereit und in der Lage sind, ihre 'Verluste' durch den 2. Weltkrieg zu verkraften, kann man an Äußerungen von Strauß ablesen, wie z. B.: "Das Ergebnis des 2. Weltkrieges ist die Vernichtung Europas" und "Der Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa ist die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts" (Strauß, Herausforderung und Antwort, 1968).

Nicht der Hitlerfaschismus in seiner ganzen Unmenschlichkeit, nicht der Krieg, der ganz Europa verwüstete, ist für diese Kreise die geschichtliche Katastrophe dieses Jahrhunderts, sondern allein die Tatsache, daß ihr Einfluß geschmälert wurde. In diesem Sinne auch die Meinung eines CSU-Politikers: "Der 8. Mai (Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus - die Red.) ist für das deutsche Volk einer der traurigsten Tages, ein Tag tiefster Erniedrigung." (DVZ, 1.6.79). Die Aussagen von Strauß signalisieren zugleich, daß er zur Wiedergutmachung dieser 'Katastrophe' auch vor neuen kriegerischen Abenteuern nicht zurückschreckt.

"AN UNSEREN KASSEN STEHEN DIE EHEMALIGEN SIEGER SCHLANGE" (Welt, 2.9.57)

Die Forderung nach der Herstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ist eingebettet in eine Strategie der Unterwerfung ganz Europas unter deutschem Machteinfluß. Die einzelnen Etappen sind folgendermaßen geplant: Die BRD muß wirtschaftlich stärkste Kraft in Europa werden; als nächstes müssen die politischen Vorstellungen der westdeutschen Reaktion in den westeuropäischen "Kernländern" durchgesetzt werden.

"Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen." (Strauß, Herausforderung und Antwort 1968)

Welche Vorstellungen Strauß von einem Vorbild Deutschland nach seinem Geschmack hat, dokumentierte er in Chile: "Chile ist ein freies Land, das in den letzten vier Jahren auch die Hauptaspekte der deutschen Demokratie übernommen hat: Disziplin, Achtung und Fleiß" (zit. nach DVZ 1.6.79) Nicht umsonst wehren sich unsere Nachbarländer gegen

das "Modell Deutschland", haben z. B. die Italiener Angst vor der "Germanizzazione", propagiert Strauß doch auch den Einsatz wirtschaftlicher Macht zur Gefügigmachung der 'Partner'. In einem Interview: "Der Volkswirt: Sollten wir nicht viel mehr unsere wirtschaftliche Potenz, statt nur stets den anderen die Stabilität vorzumachen, im harten politischen Geschäft einsetzen? Strauß: "Ich glaube, für einen im Rampenlicht befindlichen Politiker gilt das Wort: Immer daran denken, selten davon reden. Jedes konkrete Beispiel, das ein aktiver Politiker nennt, würde dann nur als Gegenargument für die Vertretung legitimer Interessen verwendet werden." (Der Volkswirt, 3.4.69)

Unter dem Schlagwort "Verteidigung der abendländischen Kultur" (das bedeutet im Klartext, wirtschaftliche Zurückeroberung der verlorenen Einflußsphären und politisch schärfster Anti-Kommunismus,) vgl. auch Habsburg: "Wir sind nicht bereit, unseren Boden, unsere Heiligtümer, unser Erbe, den Heiden zu überlassen" (zitiert nach Neue Kommentare 10/78) soll dann die ideologische Vorbereitung für die Reeuropäisierung des sog. Ostblocks stattfinden. Seit Ende der 60-iger Jahre ist dieser Plan programmatisch ausformuliert: "VOM WESTEUROPÄISCHEN BLOCK BIS ZUR EUROPÄISIERUNG DER DEUTSCHLANDFRAGE, DIE DEN WEG ZUR RE-Europäisierung DER SOZIALISTISCHEN STAATEN ÖFFNEN SOLL." (Strauß vor der Landesversammlung 8./9.10.66, zit. nach Eisner 'Das europ. Konzept v. F. J. Strauß')



Für die weitere Durchsetzung seiner außenpolitischen Plänen hat Strauß das gleiche Konzept wie für die Innenpolitik: "Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind ausgetreten aus der Geschichte

Nur summa summarum: Für uns heißt die Summe, dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Wenn das von der Bundesrepublik wieder ausgeht. Das kann aber nur ausgehen, da bin ich jetzt wirklich am Ende, wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit die Bereitschaft, die Konsequenzen auf sich zu nehmen." (Strauß in der berühmten Sonthofener Rede 1974).

"Es gilt unsere östlichen Nachbarn näher an Europa heranzuziehen und aus der Umklammerung Moskaus zu lösen". (zit. nach Eisner s. o.) Die Realisierung dieser Pläne Strauß zu überlassen, läuft unweigerlich auf militärische Auseinandersetzungen hinaus. Strauß selbst betont: "Die Sowjetunion wird ohne den Zwang weltpolitischer Veränderungen die Kontrolle und Führung in ihrem Einflußgebiet niemals aufgeben" (Strauß, Herausforderung und Antwort 1968) "Moskau und seine Marionetten wissen, daß das Ende des Weltkommunismus gekommen sein wird, wenn sich Europa zu einer selbständigen Einheit gefunden hat" droht Strauß ganz unverhohlen in seiner Schrift: 'Grundfragen deutscher Politik' 1965.

Strauß hat aber nicht nur Pläne in Bezug auf Europa. Die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU - vom 'Spiegel' als Außenministerium von Strauß bezeichnet - demonstriert seit Jahren Außenpolitik nach Strauß'scher Vorstellung und gibt einen Vorgeschmack auf kommende Machenschaften. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat die Aufgabe, Diktatoren in aller Welt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, und dabei selbst vielleicht noch einige lehrreiche Erfahrungen zu machen. Filialen gibt es in vielen Ländern der Erde, ob in Papua-Neuguinea, Togo, Zaire, Ägypten oder Spanien, "überall in der Welt, wo 'einer der größten Politiker aller Zeiten' (Seidel-Stiftung-Geschäftsführer Siegfried Lengl über Strauß) Verbündete zum Kampf des Abendlandes gegen den Bolschewismus vermuten kann, ist die Stiftung vor Ort und Strauß nicht weit." (Konkret 4/79)

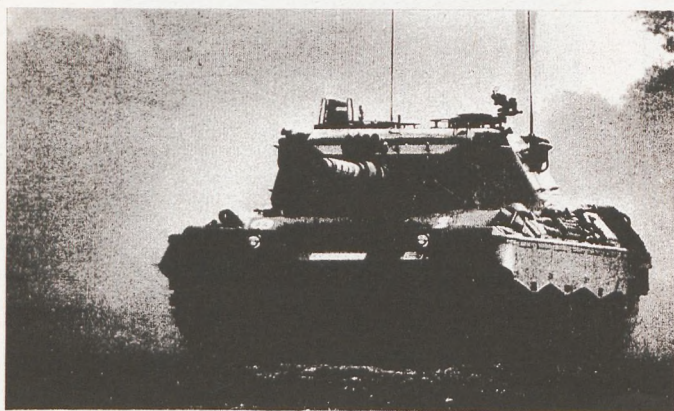
Weitere Niederlassungen sind geplant in Portugal, Griechenland, Türkei, Südafrika und Rhodesien...

Originalton Strauß zum Kampf der schwarzen Bevölkerung in Rhodesien: "Die Weißen, unter ihnen die wertvolle deutsche Volksgruppe, müssen dem Land erhalten bleiben... Freie Wahlen sind nicht gesichert, wenn man die militärische Gewalt vorher den Terroristen übergibt." (Konkret 4/79)

Strauß hat in Wort und Tat immer wieder unter Beweis gestellt, auf welcher Seite er steht.

Ein Kanzler, der Rassismus, Faschismus und Militarismus gutheißt, bedeutet Notstand der Demokratie.

40 JAHRE, NACHDEM DEUTSCHE TRUPPEN IN POLEN EINMARSCHIERT SIND UND DEN SCHRECKLICHSTEN KRIEG DER GESCHICHTE PROVOZIERTEN, FÜHLT SICH DIE DEUTSCHE REAKTION WIEDER SO STARK, DASS SIE EINEN MANN WIE STRAUSS ALS KANZLER VORSCHLÄGT, UM DEM ALTEN ZIEL DER VORMACHTSTELLUNG IN DER WELT WIEDER NÄHER ZU KOMMEN.



Exportware „Leopard“: Gefährliche Informationslücke

Polizeiaktion gegen offenen Brief

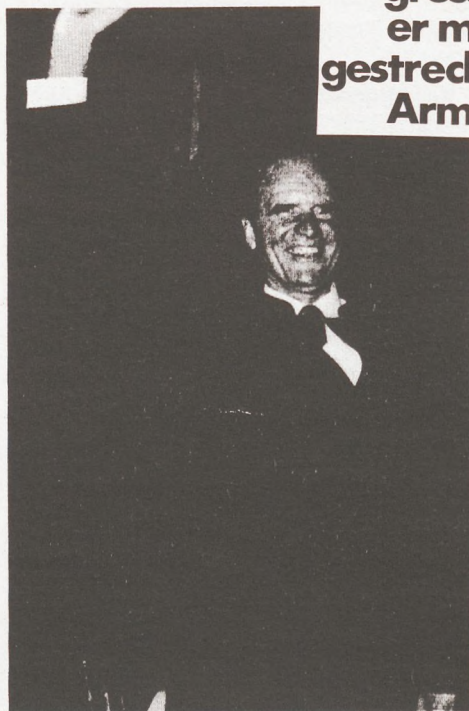
Dem Alt-Nazi und Neu-Bundespräsidenten Herrn Professor Dr. Karl Carstens hatte ich am 8. Mai 1979 - dem Jahrestag seines unfreiwilligen Austritts aus der NSDAP - einen Brief gesandt, den die Münchner Stadtzeitung BLATT als Offenen Brief abdruckte, und zwar am 16. Mai. In dem ironischen Anschreiben hatte ich gemeint, für diesen Staat des gezielten Todesschusses sei ein Ex-Nazi, Mitläufer der Barbarei, gerade der richtige Repräsentant. Elisabeth van Dyck war gerade am Notweherschuß im Rücken verblutet, so nannte ich diesen Staat mörderisch und mischte in den angeblichen Unglimpf zeitlose Shakespeare-Zitate. Die Substituten des Herrn Carstens sahen bisher keinen Grund, die erweislichen Wahrheiten den Bütteln zu überantworten, wohl aber unser aller Liebling, der pfiffige Anwalt des Staates, Steiner, Gruppenleiter - ob er's zum Obergruppenführer bringt? Steiner, der mit seinem Chef Stocker in meinem bereits geflügelten Wort west: "Über Stocker und Steiner zum Rechtsstaat." Steiner ist sonst eher flink: denn das Mittwoch mittags erscheinende BLATT konnte er einst schon freitags früh in einen Prozeß Strauß/Jacobi einbringen. Doch dieses Mal gelang es ihm, mit Hilfe des beliebten Opportunitätsprinzips, die Haus- und Heimsuchungen des BLATTs und verschiedener Wohnungen justament auf den Zeitpunkt des Beginns der Bundesversammlung zu legen, damit ja nicht dieser Vorgang (Schimpfworte gestrichen) durch unzeitige Publikationen über Repression im Zusammenhang mit Vergangenheit und Gegenwart des Kandidaten - denn Carstens ist ein ehrenwerter Mann - gestört werde.

So erschien am Vormittag des 23. Mai eine Gruppe (Bande gestrichen) von mindestens einem Bäckerdutzend Polizisten (inclusive entsicherter Maschinenpistole) in der Martin-Greif-Straße 3, um mit mir den Geburtstag des Grundgesetzes auf ihre Art zu feiern. (Den ich allerdings, siehe S.13 anderswo beging.)

Die heroische Eroberung eines Blattes Papier konnte stattfinden. (Beifall von 60 Millionen Steuerzahlern für unseren Helden: 'Steiner - Das Eiserne Kreuz)

Bei der letzten Haussuchung vor zehn Monaten (ich wurde bereits bange und dachte, mit dem Rechtsstaat ist irgendwas nicht in Ordnung, was tun sie denn ohne mich?) konnte man auf Zeugen, entgegen dem Polizeiaufgabengesetz, verzichten, man führte den neugierigen Nachbarn Peter Reuss im Polizeigriff ab, durchsuchte seine Wohnung gleich mit, beschlagnahmte seine Kamera und dann nur den Film, und tat sich um, um NICHTS zu finden. Es kam zu einem nachweislichen - von mir erfolglos angezeigten Diebstahl im Amt durch den KHK R., ansonsten wurde ein großer Aufwand für nichts vertan. Dieses Mal erbeutete man tatsächlich in meinem Großraumbüro zwei Durchschläge eines 16 000fach ge-

**Wann
grüßt
er mit
gestrecktem
Arm?**



druckten Briefes unter Aufsicht meines Anwaltes Hartmut Wächtler und meines Freundes Armin Witt. Das Original aber war einfach weg. Bei Herrn Carstens. Die Suche jedoch, bei allem Mitleid, ist verständlich, da ich, Heinz Jacobi, meine Texte unter dem abwegigen Pseudonym Heinz Jacobi zu verfassen pflege - und zu dieser gelungenen Tarnung auch stehe.

Gleichzeitig erschreckten fünf Herren in Frankfurt meine 74jährige Mutter. Man las andere Briefe, lernte unseren hübschen Keller und ihr subversives Büfett von innen kennen und erreichte ihre Aufregung, die sich erst legte, als ganz klar war, daß ich nicht zufällig in Notwehr erschossen war - ich trage nämlich meine Waffe immer bei mir: den terroristischen Bleistift.

Die Frage nach meinem Aufenthalt ließ sie ungerührt, denn meine Rolle als Strauß in Bonn würde gewiß bei den Gehirnersatzteilen bestimmter Stellen bekannt werden.

Um Herrn Gruppenleiter Steiner und seinen Untergruppenführer Görlach (eine Schreckfigur durch Langeweile) mitsamt der ganzen antikriminellen Vereinigung zu beruhigen: ich stehe weiterhin voll und ganz hinter den erweislich wahren Aussagen des Carstens-Briefes, halte diesen Staat nicht für verunglimpfbar - und halte ihn umso weniger dafür als die staatlichen Maßnahmen in ihren wirrsinnigen Dimensionen meine Einschätzung nur bestätigen.

MAN KANN NICHTS LÄCHERLICH MACHEN, WAS DAS FORTWÄHREND SELBST BESORGT.

Alle Staatsgewalt ging einmal vom VOLKE aus, aber nun ist sie auf und davon und sitzt über dem Volk. Solange sie nicht zum Volke zurückkehrt, kann sie mir gestohlen bleiben. ■



Justitia rechtsblind

"Die Justiz in Deutschland hat sich mit eben dieser Optik schon einmal zum Vollstrecker verbrecherischer Mordpläne gemacht. Man sollte meinen, diese Justiz hätte sich nach 1945 ihrer selbst besonnen, einen Begriff ihrer juristischen Methode in deren fatalen Folgen entwickelt. Eine vergebliche Hoffnung ..., und das macht Angst. Angst aber nur so lange, wie wir hilflos auf die Unfähigkeit der Justiz starren, statt den Kampf gegen den Neonazismus selbst zu führen."

(Henry Düx, in "die Tat" vom 15.6.79)

Zwei Fälle aus jüngster Zeit belegen diese Behauptung.

Fall 1:

Die VVN/Bund der Antifaschisten hat Bundesjustizminister Vogel aufgefordert, seinen Amtseid zu erfüllen. Anlaß dazu ist die Weigerung des Generalbundesanwalts, gegen die neofaschistische, terroristische Wehrsportgruppe Hoffmann ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Der Generalbundesanwalt behauptet, daß die Wehrsportgruppe keine seiner Zuständigkeit unterliegenden Straftaten begangen habe.

Tatsache ist: Die Neonazigruppe probt den Bürgerkrieg auf einem ihr gehörenden Gelände. Sie hat sich dazu mit Kriegsmaterial und leichten und schweren Waffen ausgerüstet. Sie besitzt Schützenpanzerwagen, Jeeps, Schlauchboote. Die Angehörigen der Gruppe tragen Uniformen und tarnen sich bei militärischen Übungen mit Gesichtsmasken. Angehörige der

Wehrsportgruppe haben in Nürnberg zwei Antifaschisten brutal überfallen. Ein „Kampfsturm 7“, der sich ebenfalls zur Wehrsportgruppe bekennt, hat in Frankfurt einen Buchladen überfallen und Einrichtungsgegenstände demoliert.

Dies alles keine Straftaten in der Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes?

Zeit Anfang dieses Jahres gibt die Wehrsportgruppe die Zeitschrift „Kommando“ heraus, deren dritte Ausgabe im Mai 1979 erschienen ist. Im Untertitel heißt es: „Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen“. Diese Bezeichnung ist eine bewußte Assoziation zur Propaganda der SS und der Waffen-SS, die sich auch als die „ersten Soldaten Europas“ bezeichneten. Auch die Uniformierung ist der SS nachempfunden.

Fall 2: 1977 überklebte ein Ehepaar aus München (er ist Mitglied des Anti-Strauß-Komitees) drei faschistische Plakate der sogenannten „Deutschen Volksunion - DVU-“ mit schmalen Streifen. Text der Überkleber: „Stoppt die DVU-Faschisten“ und ein Aufruf, zu einer Protestkundgebung der VVN gegen eine im Schwabinger Bräu geplante Veranstaltung der DVU zu kommen. Die Neonazis wollten die 'Millionen-Lüge von Auschwitz' propagieren, sie woll-

ten den Rassisten Rieger reden lassen und demagogisch mit der Frage 'Ewig büßen für Hitler?' auf ihren Plakaten die Menschen verhetzen.

Die Staatsanwaltschaft klagte gegen die beiden "im öffentlichen Interesse" zusammen mit den Neonazis, die von der Polizei ausdrücklich aufgefordert worden waren, Anzeige zu erstatten. Ein Strafbefehl wurde erlassen: 2 400.-DM für das junge Ehepaar, das zwei kleine Kinder zu versorgen hat, für ganze drei Überkleber!

Das Amtsgericht sprach nach massivem Protest von Organisationen (z. B. Jungdemokraten, Gewerkschaft HBV) und vielen Einzelpersonlichkeiten die beiden frei.

Das Landgericht unter Richter Held ließ sich von dem immer lauter werden den Protest gegen die Verfolgung des antifaschistischen Ehepaars durch die Staatsanwaltschaft nicht beeindrucken. Der STERN, die Münchner Abendzeitung berichteten noch vor dem erneuten Berufungsverfahren über den Fall. Die VVN Dachau schrieb: "Die Beklagten erfüllen mit uns den Schwur, den wir bei unserer Befreiung aus dem KZ geleistet haben. "Nie wieder Faschismus - wehret den Anfängen!" ... "Die Staatsanwaltschaft hat die Namen der Antifaschisten Monika und Christian Lehsten an die DVU weitergegeben. Somit ist Gefahr an Leib und Leben für die Beklagten gegeben."

Die beiden wurden verurteilt: DM 325.- Strafe - nur ein Preisnachlaß, wie die Nürnberger Nachrichten schrieben. Hinzukommen aber ca. 6000 DM Prozeßkosten.

"Dieses Urteil ist ein Skandal" schrieb die Münchner Abendzeitung, und in einem Leserbrief an die AZ heißt es:

"Man möchte meinen, man wäre wieder in der Weimarer Republik und ihrer rechts eingestellten Justiz angelangt. ... Es ist traurig, daß sich immer wieder Staatsanwälte und Richter finden, die den Neofaschisten unter die Arme greifen. Es sieht so aus, als seien sie vom selben Schrot und Korn"

Die Justiz und der durch sie vertretene Staat zeigen öffentliches Interesse an Naziparolen. Z. B. kann die Justiz offenbar nichts Verwerfliches an den bürgerkriegsähnlichen Übungen der

Hoffmann-Gruppe finden. Immer wieder beweist die Justiz selber, daß für sie die Feinde der Demokratie bei den aktiven Demokraten und den Antifaschisten zu suchen sind.

So ist der presserechtlich Verantwortliche des Anti-Strauß-Komitees einer ständigen und immer schärfer werdenden Verfolgung durch die Justiz ausgesetzt. Weil er einen satirischen Brief an den ehemaligen NSDAP-ler und jetzt zum Bundespräsidenten gewählten Karl Carstens schrieb, wurde seine Wohnung von Polizei mit Maschinengewehren - in Abwesenheit - durchsucht.

Heinz Jacobi bekam Anklage wegen eines Plakats, auf dem Strauß als das beschrieben wurde, was er tatsächlich ist, ebenso läuft eine Anzeige gegen ein Plakat, auf dem

trauß in einem ja nicht gerade erfundenen Zusammenhang mit Pinochet dargestellt ist.

Aber gerade die Aktivität der Demokraten im Falle des Münchner Ehepaars gegen die Maßnahmen der Justiz haben gezeigt, daß man deren Rechtsblindheit nicht hilflos gegenübersteht. Durch die öffentlichen Proteste und die Berichterstattung in der Presse (z. B. STERN und ZEIT), in vielen regionalen Zeitungen, in mindestens vier Rundfunkprogrammen und sogar im Fernsehen haben tatsächlich Millionen Menschen von dem Verhalten der Justiz erfahren. Das Ehepaar bekam Solidaritätsspenden von zahlreichen Menschen und Gruppen,

z.B. von der Lagergemeinschaft Dachau.

Der Prozeß wurde zu einer öffentlichen Anklage gegen die Justiz und die von ihr geschützten DVU-Faschisten.

Das Ehepaar Lehsten wird in Revision gehen. Spenden an Stadtparkasse München, Max-Weber-Platz, Kto.: 904 119823 BLZ: 70150000

Hoher Richter ein Betrüger?

bk. München — Strafanzeige wegen des Verdachts auf Betrug, Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung hat der Münchner SPD-Abgeordnete Klaus Warneke jetzt gegen den Präsidenten des rechtsextremen „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes“ (DKEG), Karl Günther Stempel, gestellt. Stempel war bis 1. Mai Richter am Obersten Bayerischen Landesgericht.

Obwohl bereits am 8. März das Bonner Innenministerium erklärt hatte, daß „Spenden für das DKEG auch in Bayern steuerlich nicht abzugsfähig sind“, gab die rechtsextreme Organisation noch Wochen später eine entsprechende Bescheinigung aus. *AZ 16.5.73*

Wer braucht Nazis im Staatsdienst ?

Jahrelang konnte Justizoberinspektor Beimler unbehelligt seinen Dienst versehen. Als NPD-Chef von Weiden i. d. Opf. ist er auch im Amt jederzeit ansprechbar und absolut nicht bemüht, sich vor der Öffentlichkeit zu verstecken; er leitet die NPD-Versammlungen. Den letzten Kommunalwahlkampf eröffnete er vor der von den Parteien abgesprochenen Zeit mit einer verbotenen Plakataktion und zur Belohnung kam er auch noch in die Zeitung statt eine entsprechende Anzeige zu bekommen.

Anstoß an seiner Beamtentätigkeit nahm lange Zeit außer den Kommunisten niemand. Beimler wurde auch noch stellvertretender Vorsitzender des NPD-Bezirks Oberpfalz.

Doch in den letzten zwei Jahren ist das antifaschistische Bewußtsein bei weiten Kreisen wieder gestiegen, an vielen Orten können die alten und neuen Nazis nicht mehr ungeschoren auftreten. Als bekannt wurde, daß die ganze Führungsspitze des Oberpfälzer Bezirksverbandes der NPD aus Beamten besteht (außer Beimler noch ein Studienrat und ein Polizeihauptmeister), wurden sogar FDP und SPD aktiv und warfen der bayerischen Staatsregierung "unverständliche Milde gegenüber Rechtsextremisten" vor. Die SZ erinnerte die Staatsregierung an ihren eigenen Verfassungsschutzbericht bezüglich der NPD und stellte fest, daß Rechtsextremisten jahrelang unbehelligt blieben, während gegenüber Linken sogar aussichtslose Prozesse bis in die letzte Instanz getrieben wurden.

Das Justizministerium mußte auf diesen Druck der Öffentlichkeit hin aktiv werden und leitete bei dem Oberstudiendirektor und dem Justizange-

stellten eine 'Dienstaufsichtliche Überprüfung ein, gegen den Polizeibeamten ein Disziplinarverfahren. Wie diese Verfahren ausgehen, ist allerdings sehr fraglich nach den Stellungnahmen von Finanzminister Streibl und Innenminister Tandler die meinen, es sei rechtlich äußerst schwierig, solche Beamten aus dem Staatsdienst zu entfernen. Das ist tatsächlich sehr schwierig, da nie eine wirkliche Entnazifizierung stattgefunden hat, sondern vielmehr die alten Nazis selbst heute höchste Richter-Ämter innehaben.

Spruchkammerbescheid



Der/die Hitler, Adolf geb. in Braunau

ist im Entnazifizierungsverfahren eingestuft worden in die Gruppe

Nr. IV Mitläufer

(V Nicht betroffen, IV Mitläufer, III Belastet, II Schuldig, I Hauptschuldig)

Jochim

Der kommissarische Landrat als
Vorsitzender des Spruchkammerbescheides

E. Seft

Der Beisitzer

Zuerst waren es die Amerikaner, die 1947 auf die Streiks und Demonstrationen mit der Forderung nach Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von faschistischen und reaktionären Elementen mit Streikverbot antworteten. Dann entzogen die Besatzungsmächte den sogenannten Spruchkammern, die parteipolitisch besetzt waren, die Entnazifizierung und übertrugen sie ausgerechnet den Länderjustiz-Ministerien, d. h. den Richtern und Staatsanwälten. Kein Bedarf war so nationalsozialistisch versucht gewesen wie dieser! D. h. ehemalige Nazis saßen über Gesinnungsgenossen zu Gericht. Die Folge trat ein - wie beabsichtigt -: Die Großen ließ man laufen, die Kleinen verurteilte man. Bloß 22 700 Personen wurden aus den

öffentlichen Ämtern entlassen. Doch damit nicht genug. Schon 1948 wurden die meisten wieder eingestellt, und unter Adenauer beschloß der Bundestag 1951, daß es Pflicht sei, alle 'entnazifizierten' Beamten wieder einzustellen! Da drängt sich doch die Frage auf, welche Absicht damit verbunden ist. Da kann man doch nicht mehr bloß sagen, die Justiz ist auf dem rechten Auge blind!

Nehmen wir Globke, Adenauers Staatssekretär, als Beispiel. Er half, die Nürnberger Gesetze auszuarbeiten, die die Grundlage der Judenverfolgung und Judenvernichtung bildeten, er arbeitete mit Eichmann zusammen und war Himmlers rechte Hand, d. h. er war an der "Endlösung der Judenfrage" beteiligt.

Adenauer wußte dies und machte ihn zu seinem Staatssekretär, d. h. zu dem einflußreichsten Beamten in der BRD. In dieser Stellung sorgte Globke u. a. für die Entlassung aller konsequent demokratischen Kräfte aus dem Staatsdienst wie für die Wiedereinstellung der "Entnazifizierten".

Die Absicht wird also deutlich: keiner beherrschte so gut wie die alten Nazis das Vorgehen gegen Demokraten und Antifaschisten. Die Reaktion wollte - nachdem 1945/46 die demokratischen Kräfte im Vormarsch waren, die Staatsämter wieder mit ihren Leuten absichern, die zuverlässig gegen die Arbeiter- und die demokratische Bewegung vorgingen.

Das ist bis heute gelungen. Kultusminister Maier kann sicher sein, daß der Oberpfälzer NPD-Studienrat in seinem Sinne erzieht. Innenminister Tandler kann sich auf das Vorgehen des Polizeihauptmeisters gegen Demonstranten, die z. B. gegen Strauß oder die Berufsverbote demonstrieren, ganz 100 %-ig verlassen, und wie der Justizoberinspektor arbeitet, ist völlig im Sinne des Justizministers Hillermeier. Gleichzeitig sorgen sie für die Ausbildung entsprechenden Nachwuchses. Da sind die wahren Schwierigkeiten, die die Herren bei einer evtl. Entlassung haben.

Der Sturz eines Seidl kann uns Demokraten nicht genug sein, jetzt muß es um die nächsten Schritte gehen:

Wir brauchen eine zweite, eine richtige Entnazifizierung! Und umgekehrt brauchen wir jeden Demokraten im Staatsdienst! ■

Wann lernt die SPD aus der Vergangenheit?

Je mehr man sich mit der Vergangenheit und der Person eines Herrn Carstens befaßt, der seit dem 23. Mai unseren Staat repräsentieren soll, umso fassungsloser ist man, wenn man sieht, wie von Seiten der SPD nichts dagegen unternommen wurde, daß ein solcher Typus das höchste Amt im Staat einnehmen kann. Sie hat nicht nur nichts dagegen unternommen, daß ein Herrenmensch der alten Schule nominiert wurde, sondern konkrete Vorwürfe, die von Mitgliedern der SPD gegen Carstens erhoben wurden sowie Beweise für dessen krumme Geschäfte mit der Hochfinanz mittels Parteidisziplin unterdrückt. Schließlich taktierte und manövrierte sie so lange

St Schmidt über Carstens' Vergangenheit

M. 6. 79

New York (Reuter)

Die nationalsozialistische Vergangenheit des nächsten Bundespräsidenten, Karl Carstens, war nach Auffassung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor allem in beruflichem Opportunismus begründet. In einem am Sonntag von der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS ausgestrahlten Interview sagte Schmidt, es sei ungerecht, wenn man in Carstens einen typischen Nazi sehe; er sei einer von Millionen junger Deutschen gewesen, die sich um ihrer eigenen Karriere willen den Nationalsozialisten angeschlossen hätten; dies dürfe man ihnen nicht ihr ganzes Leben lang zur Last legen. Schmidt räumte ein, daß er sich einen weniger konservativen Nachfolger für Bundespräsident Walter Scheel gewünscht habe, doch sei er davon überzeugt, daß der CDU-Politiker sich nach Kräften bemühen werde, ein gutes Staatsoberhaupt zu sein.

um den bis 30. Juni noch amtierenden Bundespräsidenten Scheel herum, bis sie nicht einmal mehr in der Lage war, einen ernstzunehmenden Gegenkandidaten aufzustellen.

Somit ist, mit einem Altnazi an der Spitze des Staates bei uns das politische Klima wieder um ein wesentliches bißchen reaktionärer, eine ehemalige Unterstützung des verbrecherischen Hitler-Regimes wieder etwas salonfähiger geworden ohne daß die sozialdemokratische Partei etwas dagegen unternommen hätte.

Dieses Zögern, diese Unfähigkeit und Unwilligkeit, gegen Feinde der Demokratie entschlossen vorzugehen, gehört leider zur unrühmlichen Geschichte der SPD, aus der sie nichts gelernt zu haben scheint.

Auch in der Weimarer Republik halfen die sozialdemokratischen Führer kräftig mit, die Lehren, die man aus dem 1. Weltkrieg gezogen hatte, vergessen zu machen, die Errungenschaften der Novemberrevolution (8-Stunden-Tag, Renten, Arbeitslosenversicherung) wieder ab- und den Militarismus wieder aufzubauen, einmal indem sie durch wirtschaftliche Maßnahmen wie die Notverordnungen - durch Notverordnungen wurden Gehälter und Löhne gekürzt, soziale Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung und Krankenversicherungen abgebaut, "freiwillige Arbeitsdienste eingesetzt, die Arbeiter immer mehr in die Verelendung getrieben, - zum anderen aber, indem sie mit diesen Geldern, die sie den arbeitenden Menschen entzogen, riesige Rüstungsprojekte finanzierten, die Großindustrie förderten und die Arbeiterklasse "Arzt am Krankenlager des Kapitalismus" (E. Kallbach, Hitler war kein Betriebsunfall, S. 17) spielen ließen.

Im Zuge ihrer Tolerierungspolitik, die nichts anderes war als eine den Parteianhängern und z. T. sogar den Parteigenossen verheimlichte Zusammenarbeit mit den Rechten, führte die SPD dem General v. Hindenburg acht Millionen Wählerstimmen zu. Der Monarchist und Adlige wurde sich in der damaligen Not befindenden Menschen als das kleinere von zwei Übeln angeboten. "Wählt Hindenburg und Ihr schlägt Hitler" (ebenda S. 81). So verhalf die SPD mit ihrem Grundsatz

"das Schlimmste verhindern" dem Faschismus zur Macht, anstatt ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wenn heute ein Altnazi und Waffenschieber in das höchste Amt, das die Bundesrepublik vergibt, gewählt wird, ein Amt, das die "Aktivität seines Inhabers im Entscheidungsbereich der politischen Gewalt auf die reine moralische Macht seines Menschentums und die geistige Kraft seiner Gedanken" (Inf. der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion v. 19.2.79, S. 2) beschränkt, begnügt sich die SPD lediglich damit, festzustellen, daß Karl Carstens wohl nicht "jenes Maß an Integrationskraft besitzt, das wir an dem Bundespräsidenten Walter Scheel so bewundern und schätzen" (ebenda) oder entschuldigt seine nationalsozialistische Vergangenheit mit "beruflichem Opportunismus" (SZ v. 11. 6.79). Dagegen unternommen hat sie nichts.



Bundespräsident Heinemann (1969)

In 30 Jahren BRD - Geschichte der einzige Präsident, der das demokratische Deutschland repräsentierte.

Was passiert mit Demokraten in der CSU ?

Ein liberaler Demokrat in der CSU wird fertiggemacht.

Oskar Schubart, seit 1976 amtierender Oberbürgermeister von Rothenburg o.d. T., steht unter schwerem Beschuß. Lt. Süddeutscher Zeitung v. 8.5.79, S. 15, hat Schubart dem "Fränkischer Anzeiger" ein Interview mit vielen liberalen Passagen gegeben. Er lehnte die Volksverhetzung ab, wonach so bekannte Schriftsteller wie Heinrich Böll, Günter Grass, Rolf Hochhuth, Luise Rinser "Steigbügelhalter des Terrorismus" seien. Der Oberbürgermeister sprach sich gegen Sondergesetze wegen der Terroristen aus, da die bestehenden Gesetze genügten. Schubart will auch eine argumentative, demokratische Auseinandersetzung mit Kommunisten. Er hält den sogenannten 'Extremistenerlaß' im Prinzip für richtig, findet es aber unerträglich, wenn Bedenken gegen eine Spülfrau wegen einer früheren DKP-Mitgliedschaft bestehen. Andererseits könne ja ein Major der Bundeswehr Bezirksvorsitzender der NPD werden. Der Oberbürgermeister sieht in den rechtsradikalen Gruppen und ihren Zeitungen eine ernste Gefahr.

Obendrein wandte sich Schubart gegen das Vorgehen der örtlichen Jungen Union gegen den "linken" Pfarrer Hansjörg Meyer. Auch sein Bekenntnis zu Frieden und Abrüstung und zu einer vernünftigen Ostpolitik machte ihn auf Kreis- und Bezirksebene der CSU verhaßt, wobei sich der Ansbacher Bundestagsabgeordnete Karl-Dieter Spranger besonders hervortat.

Schubart will sich selbst nun beweisen, ob sich seine liberale und christliche Grundhaltung mit seiner CSU-Mitgliedschaft in prominenter Stellung vereinbaren läßt. Er sagte zu den Angriffen gegen ihn: "Ich möchte nie mehr in meinem Leben auf der Seite derjenigen stehen, die geschwiegen haben, weil sie zu feige waren."

Es ist sehr bezeichnend, daß das Kesseltreiben gegen Schubart von 'Parteifreunden' der CSU und offenen 'Braunen' Hand in Hand inszeniert wurde. Die 'Gemeinsamkeit der Demokraten', diese von den Rechten so oft beschworene Phrase (wenn es z. B. um Abbau der bürgerlichen Rechte, Berufsverbote usw. geht) sah in der Realität so aus:

Schubart wurde von den CSU-Scharfmachern nicht im geringsten gegen die faschistischen Sudelblätter wie die "Deutsche Nationalzeitung" z. B. in Schutz genommen. Die Alt- und Neonazis stellten sozusagen in der von Spranger begonnenen Kampagne die schweren Kaliber wie Drohbriefe; Schubart wurde als "Judenfreund" bezeichnet (das ist bei derartigen Faschisten das schlimmste Schimpfwort), "Sie werden das wahre Gesicht Ihrer semitischen Freunde noch kennenlernen", "die Vampire haben Sie noch nicht kennengelernt" und ähnliches in dieser Richtung.

Der Rothenburger Oberbürgermeister wird sicher noch zu dem Schluß kommen, daß seine liberale, konservative Grundhaltung christlichen Geistes in der CSU nicht gefragt ist und nicht durchgesetzt werden kann gegen die offizielle Politik der Strauß, Tandler, Spranger & Co..

KNÜPPEL AUS DEM SACK

Seit Jahrhunderten haben die Herrschenden Krieg geführt mit uns und gegen uns mit unsresgleichen. Ob die Kreuzzüge des Mittelalters, der Dreissigjährige Krieg, der Siebenjährige Krieg, der Spanische Erbfolgekrieg, die Napoleonischen Kriege, die Kriege von 1864, 1866 und 1870, die zwei letzten Weltkriege. Das Ergebnis: der kleine Mann tot und verkrüppelt, die Reichen obenauf. Und da soll es doch Menschen geben, die auf den Gedanken kommen, daß da etwas nicht stimmt. Die sich überlegen, für wen und für was sie ihren Kopf hinhalten wollen.

1. MAI-PROZESS

Am 1. Mai 1977 wollten drei Soldaten in Uniform zeigen, daß sie nicht mehr bereit sind, Krieg gegen ihresgleichen zu führen, gegen Arbeiter in eigenen und in fremden Ländern. Sie marschierten mit bei der Demonstration des DGB unter Tafeln wie "Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Betrieb und Kaserne" und "Schluß mit den Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr". Drei denkende Menschen in Uniform waren den Regierenden so ein Greuel, daß sie ihre Polizisten vorschickten, um das Denken zu verhaften. Zimmerlich war man nicht. Auch junge Frauen sollen vor dem Griff der Polizei nicht sicher gewesen sein. Doch bei der ersten Verhandlung waren die Polizisten die Getretenen, Geschlagenen und Gezwickten. Der Knüppel hat bei der Verhaftung des Denkens Scharfen abbekommen! Das Wunder von Regensburg (Über das Aufsehen, das dieses Wunder in der westdeutschen Presse erregt hat, berichtet die empfehlenswerte Dokumentation des Prozesses).

In der ersten Instanz wusch Richter und SPD-Stadtrat Wahnschaffe seine Hände in Unschuld (während die Pharisäer im bayerischen Justizministerium schon riefen: Kreuziget sie!) und verurteilte zwei der Angeklagten praktisch "nur" zu Prozeßkosten (die in die Zehntausende ge-

hen). Jetzt steht das Denken wieder vor dem Richterstuhl.

Wie sehr man von Seiten der Obrigkeit das Nichtdenken honoriert, mag ein Fall zeigen, der vor sieben Jahren im gleichen Gerichtsgebäude zur Verhandlung stand: Damals war gegen die faschistischen Massenmörder des Massakers von Kiew, das uns im Film "Holocaust" drastisch vor Augen geführt wurde, verhandelt worden. Es gab damals vier Angeklagte. Für drei von ihnen, unter ihnen der Chef des berüchtigten Polizei und SS-Regiments 10, Rene Rosenbauer, war der Prozeß schnell zu Ende: das Verfahren wurde eingestellt - wegen "Unzurechnungsfähigkeit". Verurteilt wurde einer, der SS-Sturmabfuhrer und Polizeimajor Engelbert Kreuzer. Für Beihilfe von Mord in 31800 Fällen erhielt er 7 Jahre Freiheitsstrafe, für jeden Mord knapp 2 Stunden, wenn er die Strafe überhaupt voll abgesehen hätte. Dieser Prozeß dauerte drei Monate. Verhandelt wurde im Sitzungssaal 90. Diese Mörder hatten nicht gedacht, sondern zugeschlagen. Befehl war ja Befehl! Die Angeklagten im 1. Mai-Prozeß müssen freigesprochen werden. Ihnen gebührt die Tapferkeits-Medaille - fürs Nachdenken und Handeln.



Spendenkonto:
Postscheckkonto Nürnberg
2315 27-851
Johann Rötzer, Regensburg

Dokumentation:

"Der 1. Mai-Prozeß von Regensburg"
erhältlich bei Johann Rötzer
zur schönen Gelegenheit
8400 Regensburg
Tel. 0941/54893, Preis: 3.50 DM

"Bezeichnend, empörend und peinlich"

KIRCHENEIGENE GASTSTÄTTE FÜR NEONAZIS
OFFEN

Zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren konnte eine neofaschistische Organisation in Fürstenfeldbruck eine Großkundgebung abhalten.

Bereits am 7. 5. 1977 führten die Jungen Nationaldemokraten eine öffentliche Versammlung durch, die von München und vom Kreis Dachau nicht erlaubt worden war; im September 1977 fand in der Martha-Bräu-Sommerhalle eine Großveranstaltung der DVU statt, die ebenfalls zuvor von München und vom Landratsamt Starnberg verboten worden war.



Naziobersst Rudel (Mitte) und „National-Zeitung“-Herausgeber Frey mit einer Leibstandarte der Wiking-Jugend in Fürstenfeldbruck. Foto: dpa

Zu der jüngsten dreisten Kundgebung rief die neofaschistische Deutsche Volksunion des Dr. Gerhard Frey (National-Zeitung) ins Jungbräu. Unter dem Motto "Deutschland braucht Verjähung" konnte vor vollbesetztem Saal der Starredner, Hitlers höchstdekorierter Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel, angeblich im Namen der "großen Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik" die Verjähung von Kriegsverbrechen von den Volksvertretern fordern und die Aktion der National-Zeitung für Generalamnestie unterstützen.

Dr. Frey forderte "unter ungeheurem Beifall" den Wahlkreisabgeordneten Dr. Richard (Kopf-ab) Jäger (CSU) gar auf, "sich dem Willen des deutschen Volkes zu unterwerfen" und für Verjähung zu stimmen. (NZ, 11. 5. 79)

Winifred Wagner, Prof. Oberth, ein Pfarrer W. Büscher ("Christus für Deutschland - Deutschland für Christus"), ein Prälat Prof. Dr. Menges ("... lassen wir alle in Frieden leben"), ein Mitglied der Innsbrucker Burschenschaft Brixia, der Vorsitzende der ArGe der Freiheitlichen Akademikerverbände Österreichs u. a. schickten Grußworte.

Diese Veranstaltung konnte in Fürstenfeldbruck stattfinden trotz einer "vor geraumer Zeit von Landrat Gottfried Grimm ergangenen Aufforderung, Rechtsextremisten keine Lokale zu vermieten". (SZ FFB vom 5./6. Mai 1979)

Die Kundgebung war erst zwei Tage zuvor in Münchner Stadtteilanzeigen und in der Umgebung bekanntgegeben worden - nicht jedoch in Fürstenfeldbruck selbst. So hatten die Demokraten nur einen Tag Zeit zur Vorbereitung von Gegenmaßnahmen. Dennoch berichteten die "Fürstenfeldbrucker Neueste Nachrichten" (SZ) am 5./6. Mai vom "lebhaften Widerstand zahlreicher Organisationen".

Danach bezeichnete es der SPD-Landtagsabgeordnete Helmut Geys als "bezeichnend, empörend und peinlich" zugleich für die Stadt, daß bereits zum dritten Mal "satt-sam bekannte Rechtsextremisten" in Fürstenfeldbruck auftreten können. Besonders peinlich sei aber, daß wiederholt kircheneigene Gaststätten zur Verfügung gestellt würden. (Nach Auskunft des Pächterehepaares wußte das Jungbräu nicht, w e m es da seinen Saal vermietet hatte...) Auch der neue FDP-Kreisvorsitzende Dietrich Platze protestierte gegen Bruck als

"Tummelplatz von Rechtsradikalen und Antieuropäern" und gegen die "Unverschämtheit und Provokation ohnegleichen", daß "eingefleischte Nationalisten vom Schlage Freys und Rudels" als Redner auftraten.

Der 1. Bürgermeister von Bruck allerdings, Max Steer (CSU), hatte in der Presse die angekündigten engagierten Demokraten als "Spinner" den Alt- und Neonazis gleichgestellt und ihren Protest als "pathologisch überspitzten Krampf" und "Wichtigtuerei" abqualifiziert - und sich dadurch gleich mit. Offenbar gleichsinnig wappnete sich - laut SZ - auch Inspektionsleiter Johann Dachs von der Landespolizeistation Fürstenfeldbruck gegen "Störer", "damit es zu keinem Klamauk kommt".

Es kam keineswegs zu einem Klamauk am Samstag, dem 5. 5., sondern vielmehr dank Aufruf des DGB-Kreisverbandes Amper-Lech und der GEW Kreis Fürstenfeldbruck ab Mittag zu einer immer eindrucksvoller anwachsenden Demonstration antifaschistischen Engagements vor dem Jungbräu am Markt. Trotz der knappen Vorbereitungsfrist versammelten sich dort ungefähr 200 Demokraten verschiedener Herkunft in wenigstens aktueller Gemeinsamkeit. Wie auf den Flugblättern des DGB, des Anti-Strauß-Komitees und der VVN sowie auf den Transparenten und Texttafeln wurde auch im Verlauf der Demonstration immer wieder klar die Aufhebung der Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen und darüber hinaus das strikte Verbot aller alt- und neu-faschistischen Organisationen und Propaganda gefordert. Verhindern konnten wir freilich die rechtsradikale Provokation nicht.

In legalistischer Auslegung ihrer Ordnungspflicht schützte die Polizei mit anfangs erstaunlicher Härte die Durchführung der DVU-Veranstaltung. Nachdem circa 30 Mann den Eingang schlagkräftig von Demokraten geräumt hatten, bildeten sie Spalier für die DVU-Leute. So sahen deren eigene "Saalordner" weniger Notwendigkeit, brutal einzugreifen; trotzdem gab es Verletzungen.

Als eine Abordnung der Wiking-Jugend - deren kleinere Mitglieder als Trommler, verziert mit Odals-Runen - auszog, um den "Nationalhelden des deutschen Volkes" (National-Zeitung) Rudel und den DVU-Führer Frey über den Markt herbeizuleiten, und daraufhin die Parolen "Nazis raus aus

Fürstenfeldbruck!" und "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" umso deutlicher erklangen, stürmten plötzlich circa 40 junge Bereitschaftspolizisten in Helm und Kampfkleidung über den Marktplatz, drängten uns zurück und bildeten am Hintereingang der Gaststätte eine Gasse für die DVU-Prominenz.

Ein grotesker Kontrast: Fast kriegsmäßig gerüstete Polizei gegen unbewaffnete - zum Teil mit Kinderwagen angekommene - Demokraten, die die Öffentlichkeit gegen die erneute Gefahr von Faschismus und Krieg aufrütteln wollen!

Ein Juso-Sprecher, der deren volle Übereinstimmung mit der Aktion der Antifaschisten erklärte, versprach, gegen diesen massiven Polizeieinsatz und gegen die Zulassung der rechtsradikalen Veranstaltung bei den Behörden zu protestieren.

Nachdem die Aktion mit dem Lied der "Moor-soldaten" ruhig und würdig beendet worden war, zogen wir im improvisierten Demonstrationszug vor das Haus des 1. Bürgermeisters.

Wir sollten sofort zu unseren Autos gehen, ein Zug auf der Straße sei aus Verkehrsgründen verboten, hatte zuvor der Einsatzleiter erklärt und uns unmißverständlich gedroht - distanziert, ohne jede erkennbare Sympathie für antifaschistisches Engagement.

Als ihm daraufhin eine Demokratin erregt vorhielt, daß zuvor die Geleiteskorte von Rudel und Frey auf der Straße Polizeibegleitung erhalten habe, stritt er das zuerst glatt ab und stellte dann - da die Frau ja selbst Augenzeugin war! - fest: Wenn ein Polizist diesen Zug begleitet haben sollte (!), so nur aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Wenig später gingen wir mit Transparenten und Polizeigeleit die Hauptstraße hinunter zum Haus des Bürgermeisters - zuerst auf dem Gehsteig, dann auf der Straße. Als ein Nazi, der provozierend die National-Zeitung hinter die Windschutz geklemmt hatte, und dem diese von einem Demonstranten blitzschnell durchs offene Fenster herausgezogen und zerrissen wurde, zwischen den Zugteilnehmern hindurch in eine Seitenstraße einbiegen wollte, wurde er sogar von einem Polizisten gestoppt - den er dabei mit der Kühlerhaube anfuhr.

Vor der Bürgermeistervilla forderte der Juso-Sprecher durchs Megaphon Rechenschaft von Herrn Steer über dessen skan-

dalöse Äußerungen. Er sei nicht zuhause, meinte seine Frau, werde aber dazu Stellung nehmen - was bis heute nicht geschah.

Wie gefährlich die lasche Haltung der Behörden gegen die Neofaschisten ist, zeigt die Hetze der National-Zeitung gegen das Ehepaar von Lehsten, das nach dem Fürstenfeldbrucker Treffen fast täglich Morddrohungen erhielt wie: "Unser Führer Rudel wird euch alle töten!" (Genügend Erfahrung hat er ja.) oder: "Ihr seid zum Abschluß bereit!" Christian von Lehsten, der in Fürstenfeldbruck die Forderungen der Demokraten durchs Megaphon der Bevölkerung vortrug, und seine Frau wurden dafür in der National-Zeitung vom 11. 5. als "Haupteinpeitscher der linken Rechtsbrecher" diffamiert. (Die "linken Rechtsbrecher" hätten versucht, "die der linken Volksfront verhaßten Argumente (!) politisch Andersdenkender zu verhindern".) Acht Tage darauf, am 18. 5. 1979, zeigte das üble Hetzblatt der Neonazis unter der Balken-Überschrift "Zeugen gesucht" nochmals Fotos von beiden und bat - "nehmen wir doch Rechtsbrüche aus grundsätzlichen Erwägungen nicht hin" - "alle Leser, die Parolen der Eheleute Lehsten am Tatort gehört oder Aktionen gesehen haben, ihre Erkenntnisse einzusenden" an die DVU.

Die Parolen waren öffentlich und zudem die gleichen wie auf Tafeln und Transparenten; die "Aktionen" bestanden aus der deutlichen Kundgabe der eigenen Meinung - übrigens unter Duldung der Polizei eifrig von DVU-Photographen auf dem Platz und aus den Fenstern im ersten Stock des Jungbräu festgehalten! Von "Einpeitschen" kann keine Rede sein.

Wozu also "Zeugen gesucht"? Die Morddrohungen geben eine Antwort.

Die DVU fühlt sich zu dieser Hetze ganz offensichtlich ermutigt durch das skandalöse Urteil des Landgerichts München, in dem die Lehstens "wegen des fortgesetzten Vergehens der Sachbeschädigung an DVU-Plakaten" 'zwei Tage vor ihrem neuerlichen Rechtsbruch' (Bild-Unterschrift der NZ) verurteilt wurden. (Vgl. Seite)

Somit trägt dieses Gericht Mitschuld an der Kampagne der National-Zeitung.

Da man augenscheinlich auf die demokratische Schutzfunktion der Justiz nicht vertrauen kann, ist die entschiedene Einigkeit aller Antifaschisten und Demokraten um so notwendiger! Einzelne Aktionen wie in Fürstenfeldbruck und früher schon in Dachau und München sind ein Anfang.

EINIG GEGEN RECHTS!



Pimpfe der rechtsradikalen Wiking-Jugend rühren für Frey und seinesgleichen die Trommeln.

Foto: dpa

1800 Jahre sind genug!

In diesem Jahr feiert Regensburg sein 1800-jähriges Bestehen, vor einer Kulisse, wie sie in der Bundesrepublik einmalig ist, denn keine andere deutsche Großstadt hat den 2. Weltkrieg so weitgehend unversehrt überstanden. Am 23. April 1945 hatten tausende, mutige Bürger für die kampflose Übergabe der Stadt an die Amerikaner demonstriert, und drei von ihnen mußten dafür ihr Leben lassen, nachdem die SS die Versammlung gewaltsam aufgelöst hatte:

Der Arbeiter J. Zirkel,
der Domprediger Dr. J. Maier
wurden in derselben Nacht erhängt,
der Wachtmeister M. Lottner
durch Genickschuß ermordet.

Im US-Rundfunk war bereits am nächsten Tag zu hören, man wisse um den Tod des Dompredigers und werde die Stadt verschonen.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde dieser Tag noch offiziell von der Stadt begangen, aber im Laufe der Zeit, d. h. im Zuge des Bemühens, nicht nur unsere faschistische, sondern vor allem auch unsere antifaschistische Vergangenheit zu verdrängen, wurde er ebenso offiziell "vergessen". Da kann es dann auch keine Dankbarkeit zum Jubiläumsjahr geben, denn, was damals braun war, kann heute schwarz sein, und die Zusammenhänge bleiben am besten im Dunkeln.

Die DID-Leser wissen, wie das ASK seit Jahren darum kämpft, daß dieser Tag wieder das wird, was er sein muß: ein antifaschistischer Gedenktag für alle Bürger, für alle Demokraten der Stadt.

Nachdem wir im Januar ds. Js. zusammen mit anderen antifaschistischen Organisationen und Persönlichkeiten eine sehr gute Veranstaltung gegen die Verjährung von Naziverbrechen zustandegebracht hatten, wurde die Idee geboren: wir gründen ein Kuratorium von Leuten, denen es ein Anliegen ist, den 23. April in entsprechender Weise zu begehen und dafür auch etwas zu tun. Und diese Leute fanden sich: Pfarrer und Gewerkschaftler, Haus-

frauen und Rentner, Hochschullehrer und Lehrer, Arbeiter und Studenten, eine Landtagsabgeordnete, ein Altbürgermeister, der selbst im KZ gewesen war, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilose, wie es sich gehört, aber natürlich keiner aus Straußens CSU. Allerdings hatte es das Kuratorium nicht unterlassen, in seinem Aufruf einen deutlichen Bezug zur Gegenwart herzustellen:

Verjährungsdebatte - Abbau demokratischer Rechte - Berufsverbote - Neonazis - Carstens - Strauß

Mit einem inhaltlich ähnlichen Flugblatt rief die örtliche VVN/BdA (Ver-einigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten) zur Kranzniederlegung und Kundgebung auf, die dann auch gemeinsam getragen wurde.

Aber allein die Tatsache, daß nicht gemeinsam aufgerufen wurde, kam den Gegnern unserer Aktionseinheit schon zu paß; über so etwas freuen sich die Rechten immer. Und die dadurch entstandene Verwirrung, die sich z. B. in einem Zeitungsbericht niederschlug, in dem von einer gemeinsamen Aktion von DGB und DKP zu lesen war, nutzte unser DGB-Vorsitzender Kulig stehenden Fußes, um sich öffentlich von unserer Veranstaltung zu distanzieren - ein Schlag ins Gesicht für alle Gewerkschaftler, die sich dafür eingesetzt hatten.

Nach Meinung des Kuratoriums, bei dem von Anfang an auch VVN-Mitglieder mitarbeiteten, müssen wir im nächsten Jahr unbedingt erreichen, daß wir von vorneherein zusammenarbeiten. Es gibt keinen Abgrenzungsbeschluß, der das verhindern könnte, und es darf vor allem keine derartigen Bestrebungen in den Reihen der Antifaschisten geben.

Der Erfolg der Arbeit und des Kampfes für dieses Jahr war jedenfalls, daß mehr und neue Gesichter bei der Veranstaltung am Dachauplatz zu sehen waren (wenn es auch noch nicht die 1 000 waren, die sich das Kuratorium gewünscht hatte), daß durch Berichte in der regionalen Presse und bis hin zur Süddeutschen Zeitung vorher wie nachher eine breite Öffentlichkeit erreicht werden konnte.

Die Stadt Regensburg allerdings war nur dazu zu bringen, an diesem Tag spärlich halbmast zu beflaggen und sozusagen in aller Stille einen Kranz am Ort des Verbrechens deponieren zu lassen.

Und zuguterletzt, daß sich bei dieser Gelegenheit die Demokraten am Ort wieder ein großes Stück nähergekommen sind, was seinen Ausdruck z. B. auch zwei Wochen später fand, als gut 100 Teilnehmer der Kundgebung vom 23. April mit Autos, Motorrädern und einem Bus, den die VVN organisiert hatte, nach Schierling fuhren, um dort gegen den oberpfälzischen Bezirkstag der NPD zu demonstrieren. Zur Illustration des Verhaltens unserer Stadtoberen möge ein Leserbriefwechsel zwischen einem CSU-Stadtrat und einem Mitglied des 'Kuratoriums 23. April' aus der Mittelbayrischen Zeitung dienen:

Nicht mit Kommunisten!

In der Mittelbayerischen Zeitung war am 25. 4. 1979 von einer Gedenkstunde auf dem Dachauplatz aus Anlaß der Ermordung des Dompredigers Dr. Johann Maier sowie von Michael Lottner und Josef Zirkl zu lesen.

Dabei kritisierte Herr Köllner das Fehlen von Vertretern der Stadt Regensburg. Die Opfer des 23. 4. 1945 verdienen selbstverständlich unseren höchsten Respekt. Deswegen haben auch mehrere Stadträte einer Gedenkfeier der katholischen Kirche im Dom beige-wohnt. Wenn allerdings eine Veranstaltung wie diejenige auf dem Dachauplatz von kommunistischen Organisationen mitgetragen wird, kommt eine Teilnahme für mich nicht in Frage. Die Opfer der Nazis hätten im übrigen besseres als eine „Ehrung“ durch Polit-Extremisten verdient, zu denen Kommunisten und Faschisten gleichermaßen gehören.

Peter Weinhofer
Kaulbachweg 14

Mittelbayrische Zeitung,
Regensburg 30.4.79

Warum nicht mit Kommunisten?

Herr Weinhofer macht sich sehr unglaublich, wenn er einerseits den Opfern des 23. April 34 „höchsten Respekt“ zugesteht, dies aber sofort wieder zurücknimmt mit seiner Bemerkung, er möchte das nicht zusammen mit Kommunisten auf dem Dachauplatz zum Ausdruck bringen. Er macht dadurch nur noch deutlicher, was ich am 23. April 1979 öffentlich kritisierte: Bestimmte Persönlichkeiten dieser Stadt glänzen jedes Jahr durch Abwesenheit; besinnen sich stattdessen auf ihre eigene Art antifaschistischen Gedenkens. Oder will Herr Weinhofer bewußt vergessen machen, daß Christen und Kommunisten zusammen mit Parteilosen und Sozialdemokraten in den KZ's saßen und gleichermaßen von den Nazis ermordet wurden? Warum sie dann nicht gemeinsam ehren? Warum soll die Lebenden heute trennen, was die Opfer damals einte? Wer ehrlich und offen gegen die Verbrechen der Nazis eingestellt ist, braucht sich doch nicht zu schämen, wenn er dabei mit Kommunisten am Platz steht. Gerade ein Christdemokrat sollte doch, wenn er als Antifaschist gelten will, beweisen, daß er eben heute nicht mehr den alten Fehler des Antikommunismus — jene „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ — wie Thomas Mann es nannte, begeht. Stattdessen nimmt Herr Weinhofer die alte Masche „links gleich rechts“ wieder auf. Erinnern wir uns: Mit dieser politischen Zweckklüge haben vor 1933 eben jene Kräfte lautstark „gewarnt“, die dann tatenlos zusahen, wie die Weimarer Republik von rechts her in den Abgrund getrieben wurde. Herr Weinhofer möchte doch sicher auch nicht zu solchen gehören — auch nicht im nachhinein.

Paul Köllner
Drabastraße 18, 84111 Etterzhäusen

Mittelbayrische Zeitung,
Regensburg 16.5.79

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement
- ☐ ein Förderabonnement (DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:

Heinz Jacobi
Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

-30-

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8,-
Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte. Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag

An alle DID-Bezieher: Bitte bei Wohnungswechsel neue Adresse angeben!

